

Kohärenz und Transparenz

Anträge auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB

(3A2016-01) :

Damit die SNB die Bezeichnung « *Schweizer Franken* » (CHF) wirkungsvoll schützt!

(3A2016-02) :

Damit die SNB die Definition der Banken als ausschliessliche Benutzerinnen der Schutzmarke der gesetzlichen Währung « *Schweizer Franken* » (CHF) verwendet.

(3A2016-03) :

Damit jeder Schweizer Bürger, der das verlangt, über ein Girokonto bei der SNB verfügen kann, wie die Angestellten der SNB.

(3A2016-04) :

Damit die SNB die gesamte Schöpfung von Währungseinheiten getrennt vom Bestand an Währungseinheiten bemisst und veröffentlicht.

(3A2016-05) :

Damit die SNB die Berechnungsmethode des Wechselkurses der legalen Währung « *Schweizer Franken* » (CHF) gegenüber den internationalen Devisen erläutert, festlegt und veröffentlicht.

(3A2016-06) :

Damit die SNB ihre interne Buchhaltung von der Buchhaltung der gesetzlichen Schweizer Währung trennt, wie für « *verwaltete Vermögen* ».

(3A2016-07) :

Damit die SNB das « *Umweltleitbild SNB* » auf alle ihre Tätigkeiten einschliesslich ihrer Reisen ausdehne und effektiv anwende.

(3A2016-08) :

Damit jeder Aktionär, der es verlangt, auf das Inhaberverzeichnis zugreifen und das Protokoll der Generalversammlung bekommen kann.

(3A2016-09) :

Damit jeder Schweizer Bürger, der das verlangt, kostenlos über eine Aktie der SNB verfügt.

(3A2016-10) :

Damit jeder Schweizer Bürger, der das verlangt, kostenlos über ein souveränes Finanzierungskonto der Schweizer Realwirtschaft verfügt.

Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-01):
Damit die SNB die Bezeichnung «Schweizer Franken» (CHF) wirkungsvoll schützt!

Das Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG) vom 22. Dezember 1999 legt im Art. 1 fest, dass die schweizerische Währungseinheit der Franken ist, und im Art. 2, dass folgende Zahlungsmittel «als gesetzliche Zahlungsmittel gelten: a. die vom Bund ausgegebenen Münzen; b. die von der Schweizerischen Nationalbank ausgegebenen Banknoten; c. auf Franken lautende Sichtguthaben bei der Schweizerischen Nationalbank.»

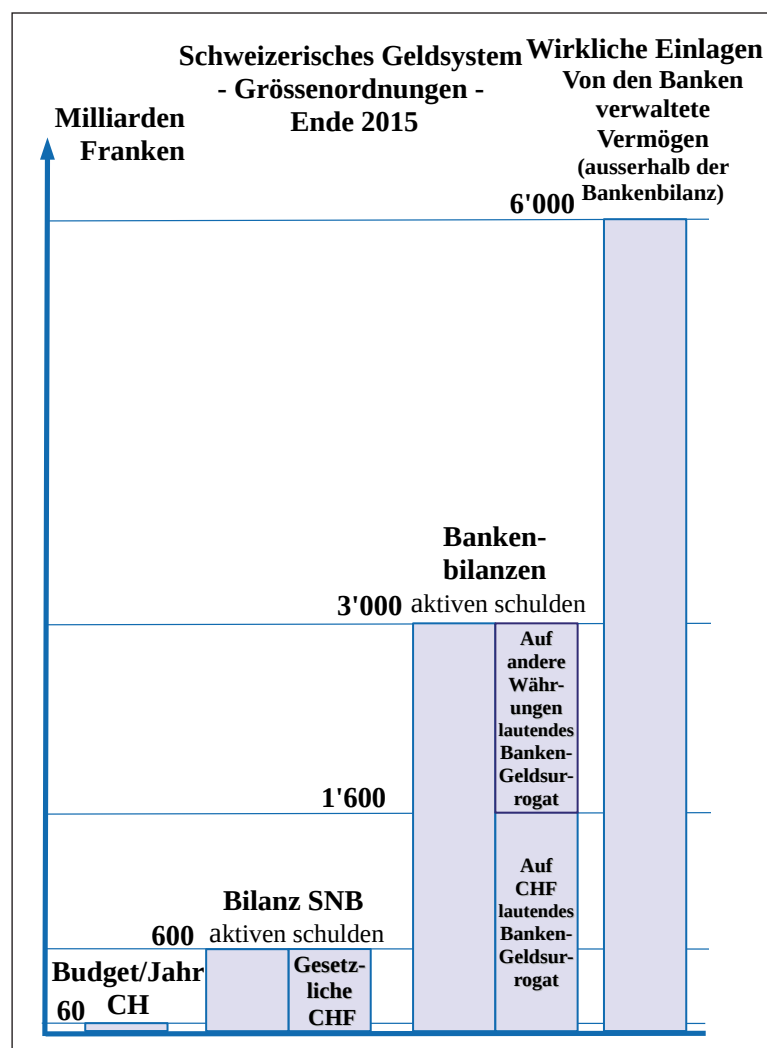
Quelle: <https://www.admin.ch/opc/de/official-compilation/2000/1144.pdf>

Der Bundesrat hat am 25. April 2012 auf eine parlamentarische Anfrage vom 16. März 2012 folgende Antwort gegeben: «**Nicht erfasst vom verfassungsrechtlichen Geldbegriff ist das Bankenbuchgeld, welches im Gegensatz zu Sichtguthaben bei der SNB einem Solvenzrisiko unterworfen ist.**»

Quelle: http://www.parlament.ch/d/suche/Seiten/geschaeft.aspx?gesch_id=20123305

Wenn «das Geld im verfassungsrechtlichen Sinne» «Schweizer Franken» (CHF) heisst, wie nennt sich dann das «Buchgeld der Banken»? Da weder der Bund noch die SNB diese wesentliche Bezeichnung schützt, verwechseln die Bürger das gesetzliche Geld «Schweizer Franken», welches die SNB schöpft und verwaltet, mit dem «Geldersatzmittel» aus der Geldschöpfung der Geschäftsbanken. Tatsächlich wussten gemäss einer Umfrage, die im Rahmen einer Masterarbeit an der Universität Zürich durchgeführt wurde, nur 13% der befragten Personen, dass private Geschäftsbanken ebenfalls Geld herstellen, und zwar über die Kreditvergabe.

Quelle: <http://www.hebdo.ch/news/politique/initiative-monnaie-pleine-bien-partie-selon-une-%C3%A9tude>.



Die durch den Art. 1 des WZG definierte Währungseinheit ist der «Franken», nicht der «Schweizer Franken» (CHF). Der Gebrauch des Adjektivs «schweizerisch» bezeichnet spezifisch das gesetzliche, von der SNB geschaffene und gesicherte Geld des Schweizer Volkes, und dieser Gebrauch des Wortes «schweizerisch» kann nicht erlaubt sein, wenn es über die geographische Herkunft, den Wert oder andere Eigenschaften von Erzeugnissen täuschen kann, gemäss Art. 7, Abs. 2a des Bundesgesetzes zum Schutz öffentlicher Wappen und anderer öffentlicher Zeichen vom 5 Juni 1931.

Quelle: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19310026/index.html#a7>

Die WIR-Bank, zum Beispiel, ist völlig transparent, wenn sie ihren Kunden Konten und Kredite in «WIR-Franken» eröffnet; diese wissen, dass die «WIR-Franken» von der WIR-Bank geschaffen werden und dass sie nur von der WIR-Bank im Wert eines «Schweizer Frankens» (CHF) gesichert sind, solange die WIR-Bank existiert. Für den «WIR-Franken» bezeichnet das Adjektiv «WIR» vor dem Namen «Franken» eindeutig den Ursprung des Wertpapiers und den Sicherungsverantwortlichen, der in diesem Fall die WIR-Bank ist, und nicht die SNB.

Fortsetzung und Ende Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-01):
Damit die SNB die Bezeichnung «Schweizer Franken» (CHF) wirkungsvoll schützt!

Wir legen der Generalversammlung folgenden Beschluss zur Abstimmung vor:

«Die SNB soll den Ausdruck «Schweizer Franken» (CHF) schützen und verteidigen als eine Marke, die ausschliesslich die gesetzliche Währung des Schweizer Volkes bezeichnet, insbesondere um die Verwirrung, die zur Zeit mit den Geldsurrogaten der Banken herrscht, zu beenden. Dazu verpflichtet die SNB die Banken, ihren Kunden und Gläubigern in den diesem Fall entsprechenden Verträgen und Kontoauszügen klar und deutlich zu kommunizieren

- 1) dass die Bank den «Franken» als Währungseinheit im Sinne des Art. 1 des WZG verwendet,**
- 2) dass die Bank der Währungseinheit «Franken» das Akronym der Bank hinzufügt (UBS-Franken, CS-Franken, BCG-Franken, usw.),**
- 3) dass das Banken-Buchgeld ein Geldsurrogat der einzigen gesetzlichen Währung «Schweizer Franken» ist,**
- 4) dass ihr «Franken X» ein öffentliches, von der Bank X geschaffenes und ausgestelltes und von ihr gesichertes Wertpapier ist, ohne jegliche Sicherung durch die SNB,**
- 5) dass ihr «Franken X» kein gesetzliches Zahlungsmittel ist, mit Hinweis auf Art. 1 und 2 des WZG.**

Insofern, als dieser Beschluss der Generalversammlung mit dem Nationalbankgesetz (NBG) vereinbar ist, können ihn der Bankrat und die Generaldirektion in die Tat umsetzen. Sollte es sich herausstellen, dass dieser Beschluss nicht mit dem NBG oder einem anderen Bundesgesetz vereinbar ist, dann stellt dieser Beschluss einen Antrag auf Überarbeitung des NBG zuhanden der Bundesversammlung dar, der dem Bundesrat unterbreitet wird, im Sinne des Art. 36 Abs. f des erwähnten NBG.»

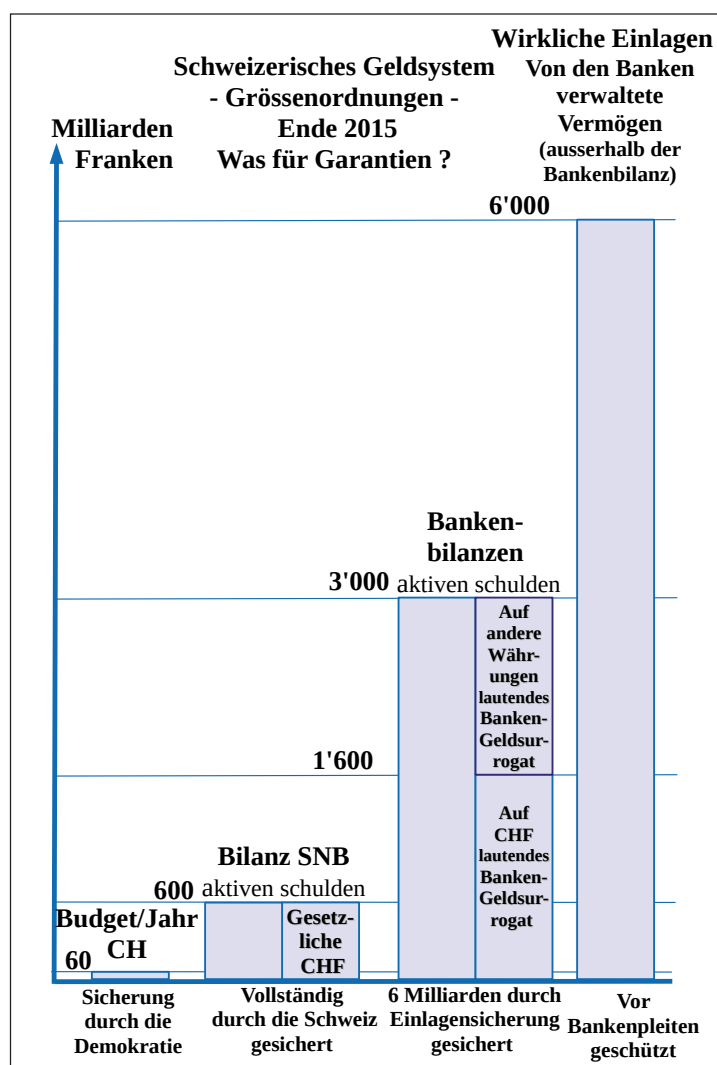
Quelle: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-02):
Damit die SNB die Definition der Banken als ausschliessliche Benutzerinnen der Schutzmarke der gesetzlichen Währung «Schweizer Franken» (CHF) verwendet.

Das Wort «Bank» wird vom schweizerischen Gesetz definiert als einzige Organisationsart, welche Publikumseinlagen annehmen kann. So bestimmt der Art. 1, Abs. 2 des Schweizerischen Banken- und Sparkassengesetzes vom 8. November 1934, «*natürlichen und juristischen Personen, die nicht diesem Gesetz unterstehen, dürfen keine Publikumseinlagen gewerbsmässig entgegennehmen.*»

Quelle : <http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19340083/index.html>

Es gibt kein anderes «gesetzliches» Buchgeld als dasjenige der «auf Franken lautenden Sichtguthaben bei der SNB», wie es der Art. 2 des WZG festlegt.



Da der Begriff «Einlage» nicht gesetzlich definiert ist, ist er irreführend, denn die gegenwärtige Verwendung durch die Banken zeigt, dass die Einzahlungen von Banknoten, welche durch die SNB geschaffene und herausgegebene Wertpapiere sind, als Darlehen an die Bank behandelt werden, während alle anderen Wertpapiereinlagen (für mehr als 6000 Milliarden gemäss Swissbanking) als verwaltete Vermögenswerte behandelt werden, die vollständiges Eigentum des Kunden und ausserhalb der Bankenbilanz bleiben, also im Falle eines Bankrotts geschützt sind, wie es sich beim neulich erfolgten Konkurs der Bank Hottinger herausgestellt hat... Das «übliche» Funktionieren der Wertschriftendepots entspricht genau dem allgemeinen Verständnis, wonach ein Bankdepot wie eine Einlage in den Kassenschränk einer Bank gesehen wird: Die Einlage gehört dem Einleger, und die Bank kann es nicht nach eigenem Gutdünken verwenden und sollte es nicht in seine Bilanz aufnehmen, so wie auf einem Wertschriftendepot deponierte Wertpapiere nicht in die Bilanz der Bank eingebunden sind.

Nun weiss die breite Öffentlichkeit aber nicht, welche Banken effektiv wirkliche Depots anbieten, die auf das gesetzliche, von der SNB geschaffene und gesicherte Zahlungsmittel «Schweizer Franken» (CHF) lauten.

Fortsetzung und Ende Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-02):

Damit die SNB die Definition der Banken als ausschliessliche Benutzerinnen der Schutzmarke der gesetzlichen Währung «*Schweizer Franken*» (CHF) verwendet.

Wir legen der Generalversammlung folgenden Beschluss zur Abstimmung vor:

« Die SNB soll die Liste der Banken, welche wirkliche Depots in «Schweizer Franken» (CHF) anbieten als das gesetzliche Zahlungsmittel, für das allein die SBN verantwortlich ist, veröffentlichen und auf den neuesten Stand bringen, nachdem sie überprüft hat, dass es sich wirklich um ein Depot handelt, das voll und ganz dem Inhaber gehört, das also nicht in die Bilanz der Bank eingebunden werden darf, analog zu einem Wertschriftendepot. Insofern, als dieser Beschluss der Generalversammlung mit dem Nationalbankgesetz (NBG) vereinbar ist, können ihn der Bankrat und die Generaldirektion in die Tat umsetzen. Sollte es sich herausstellen, dass dieser Beschluss nicht mit dem NBG oder einem anderen Bundesgesetz vereinbar ist, dann stellt dieser Beschluss einen Antrag auf Überarbeitung des NBG zuhanden der Bundesversammlung dar, der dem Bundesrat unterbreitet wird, im Sinne des Art. 36 Abs. f des erwähnten NBG. »

Quelle : <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-03):
Damit jeder Schweizer Bürger, der das verlangt, über ein Girokonto bei der SNB verfügen kann, wie die Angestellten der SNB.

Wie der Bundesrat in seiner Antwort vom 25. April 2012 auf eine parlamentarische Interpellation vom 16. März 2012 ausdrücklich festhält, sind die gesetzlichen Zahlungsmittel und diejenigen, die in der Praxis als solche angesehen werden, bei weitem nicht gleichwertig. *«Aufgrund der unterschiedlichen Bonität der kontoführenden Institute mangelt es den Sichtguthaben bei Banken an der für das Zentralbankbuchgeld charakteristischen Standardisierung und Fungibilität. Im Gegensatz zu den gesetzlichen Zahlungsmitteln besteht beim Bankenbuchgeld eine Annahmepflicht nur, wenn die Zahlung mit Buchgeld vertraglich vereinbart wurde oder durch die Umstände (Verkehrssitte) oder durch besondere gesetzliche Vorschrift geboten ist.»*

Quelle : http://www.parlament.ch/d/suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20123305

Es sei auch daran erinnert, dass Art. 84, Abs. 1 des im Bundesgesetz enthaltenen Obligationenrechts, welches das Schweizerische Zivilgesetzbuch vom 30. März 1911 ergänzt, klar festlegt, dass *«Geldschulden in gesetzlichen Zahlungsmitteln der geschuldeten Währung zu bezahlen»* sind.

Quelle : <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19110009/index.html#a84>

Das Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG) legt im Art. 3, Abs. 3 fest, dass *«auf Franken lautende Sichtguthaben bei der Schweizerischen Nationalbank von jeder Person, die dort über ein Konto verfügt, unbeschränkt an Zahlung genommen werden müssen.»*

Quelle : <https://www.admin.ch/opc/de/official-compilation/2000/1144.pdf>

Unter der Voraussetzung, dass keine Bank die Bedingungen, die im Antrag 3A2016-02 gestellt werden, erfüllen würde, und vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen, welche Mittel setzt die SNB ein, um den Bürgern dieses Landes zu ermöglichen, die Gesetze einzuhalten, indem sie Güter und Dienstleistungen mit gesetzlichem Buchgeld bezahlen? Und was macht die SNB, um den Bürgern eine allfällige Verweigerung ihres Buchgeldes zu ersparen, da dieses Geld gesetzlos, d.h. nicht rechtlich geregelt ist, Geld, das die Bürger verwenden müssen, um ihre Schulden zu bezahlen oder ihre Zahlungen zu tätigen, abgesehen vom Gebrauch der Münzen und Banknoten, der aufgehoben zu werden droht?

Unseres Wissens ist heute ein Girokonto bei der SNB die einzige Möglichkeit, um das gesetzliche, von der SNB geschaffene Buchgeld verwenden zu können. Es wäre folgerichtig, dass die Bürger das einzige gesetzliche, schuldtilgende und direkt von der SNB uneingeschränkt gesicherte elektronische Geld im Alltag verwenden können. Die alleinige Verwendung von Banknoten kann sich nämlich für die Sicherheit des Inhabers als gefährlich erweisen und schon bald durch das Gesetz eingeschränkt werden¹.

Ausserdem besteht diese Möglichkeit bereits konkret, da die Angestellten der SNB sie ja täglich nutzen, ohne dass bisher von der SNB irgendein Nachteil bekanntgegeben worden ist.

¹ *«Les banques ne veulent plus se mettre en danger pour leur clientèle. Trop de pressions, d'incertitudes et de durcissement dans les normes édictées par le Groupe d'action financière (GAFI) en matière de blanchiment d'argent et que les autorités suisses entendent reprendre dans le droit helvétique.»*

Quelle : <http://www.bilan.ch/economie-les-plus-de-la-redaction/banques-le-rapport-de-force-change>

Fortsetzung und Ende Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-03):
Damit jeder Schweizer Bürger, der das verlangt, über ein Girokonto bei der SNB verfügen kann, wie die Angestellten der SNB.

Wir legen der Generalversammlung folgenden Beschluss zur Abstimmung vor:

« Die SNB soll jedem Bürger, der es verlangt und der die Gesetze seines Landes einhalten will, ein Girokonto in der gesetzlichen Währung eröffnen. Insofern, als dieser Beschluss der Generalversammlung mit dem Nationalbankgesetz (NBG) vereinbar ist, können ihn der Bankrat und die Generaldirektion in die Tat umsetzen. Sollte es sich herausstellen, dass dieser Beschluss nicht mit dem NBG oder einem anderen Bundesgesetz vereinbar ist, dann stellt dieser Beschluss einen Antrag auf Überarbeitung des NBG zuhanden der Bundesversammlung dar, der dem Bundesrat unterbreitet wird, im Sinne des Art. 36 Abs. f des erwähnten NBG. »

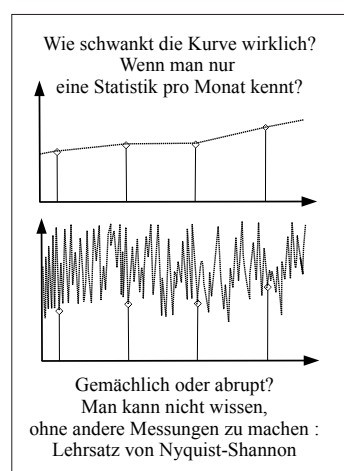
Quelle : <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-04):
Damit die SNB die gesamte Schöpfung von Währungseinheiten getrennt vom Bestand an Währungseinheiten bemisst und veröffentlicht.

Das Nationalbankgesetz (NBG) vom 3. Oktober 2003 sieht im Art. 14, Abs. 1 vor, dass «die Nationalbank «zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben und zur Beobachtung der Entwicklungen auf den Finanzmärkten» «die erforderlichen statistischen Daten» erhebt. Und im Art. 15, Abs. 1 steht, dass «die Banken, Finanzmarktinfrastrukturen, Effektenhändler sowie Bewilligungsträger nach Art. 13, Abs. 2 des Kollektivanlagengesetzes vom 23. Juni 2006 verpflichtet sind, der Nationalbank statistische Angaben über ihre Tätigkeit zu liefern.» Und schliesslich gibt das Gesetz im oben erwähnten Artikel, Abs. 3 klar zu verstehen, dass die Nationalbank in einer Verordnung festlegt, «welche Angaben in welchem zeitlichen Abstand geliefert werden müssen; ferner legt sie die Organisation und das Verfahren nach Anhörung der Meldepflichtigen fest.»

Quelle: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20021117/index.html#id-3>

Zur Zeit kann man nur Angaben über den in der Bilanz der SNB und der Geschäftsbanken befindlichen Bestand an Währungseinheiten finden, und zwar indirekt, dank den durch die SNB auf ihrer Website snb.ch veröffentlichten Daten. Es ist unmöglich, die gesamte Schöpfung von Währungseinheiten zwischen zwei Bilanzstichtagen zu finden. In der Tat entspricht die Veränderung des Geldbestandes der gesamten Geldschöpfung abzüglich der gesamten Geldvernichtung, gemäss dem Gesetz zur Bewahrung der Währungseinheiten. Die Menge neu geschaffener Währungseinheiten ist nicht veröffentlicht und wird offenbar nicht offiziell gemessen. Verglichen mit der Wasserversorgung ist es, als ob man messen würde, wie



viel Wasser in den Badewannen bleibt, ohne die Menge des zufließenden Trinkwassers mit einem Zähler zu messen: Der Trinkwasserverbrauch würde nicht gemessen werden, er bliebe unbekannt und könnte folglich weder fakturiert noch bezahlt werden. Meistens hat eine Bank viel mehr Geld geschaffen, als der erhöhte Geldbestand angibt. Die Verluste und Verkäufe von Vermögenswerten haben Schöpfungen ausgeglichen (man weiss nicht, wie oft die Badewanne gefüllt und entleert wurde...), was die Quelle der Spekulation unsichtbar macht; diese treibt die Börsenpreise und die Preise für dauerhafte Güter wie Immobilien oder für lebenswichtige Güter wie Lebensmittel in die Höhe. Nun ist aber die Geldschöpfung ein sehr wichtiger Parameter, um die Wirtschaft zu verstehen und zu kontrollieren. Zum Beispiel ist ein Kredit von 10 Milliarden, den eine Bank während zwei Tagen oder sogar in einigen Sekundenbruchteilen vergibt, in den aktuellen Statistiken nicht sichtbar, während seine Wirkung auf die Wirtschaft enorm sein kann, indem er z.B. die Preise einer Aktie oder eines Rohstoffes steigen lässt.

Vor allem basiert das Prinzip der Notierung von Wertpapieren, wie die Währungseinheiten oder die Kapitaleinheiten genannt Aktien, auf der Kenntnis der Anzahl ausgegebener Wertpapiere. Als Apple die Anzahl seiner Aktien mit 7 multiplizierte, wurde der Preis seiner Aktien mathematisch durch 7 geteilt. Ohne formelle und offizielle Bekanntgabe der Anzahl geschaffener Geldmarktpapiere ist es dem Volk nicht möglich, den Preis der Geldmarktpapiere und den Preis der Güter und Dienstleistungen korrekt auszuhandeln, wenn diese Preise gemäss diesen Geldmarktpapieren angegeben werden. Für Aktien hätte ein öffentlich kotierter Emittent Probleme¹, wenn er seine Aktienschöpfungen/-emissionen nicht veröffentlichen würde. Nun aber sind die Schöpfer von Währungseinheiten, die in Wirklichkeit Geldmarktpapiere sind, die Einzigen, die keine Publikationsregel einhalten. Solange dieses Problem nicht in der Sache überprüft wird, rechtfertigt das Transparenzprinzip, das auf die SNB angewendet wird als Ausgleich zu ihrer Unabhängigkeit, dass die SNB alle Informationen recherchiert und veröffentlicht, welche es den Bürgern ermöglichen, in jedem Moment den Betrag der gesamten Schöpfung von Währungseinheiten, die sie im Alltag gebrauchen, zu kennen.

Stellen Sie sich vor, Sie wollen eine Schätzung der Abgasmenge, welche die Autos in der Schweiz erzeugen. Wenn das Geld in Analogie zum Treibstoff gesetzt wird, schlägt die SNB zur Zeit in ihren Publikationen vor, nur die am Ende jeden Monats um Mitternacht im Tank der Autos verbleibende Treibstoffmenge zu messen. Was wir verlangen, ist eine nützlichere, oder sogar unerlässliche Entscheidungsgrundlage: Wir verlangen die Messung und Publikation der gesamten Treibstoffmenge, die jeden Monat in die Autos eingefüllt wird.

¹ Siehe z.B. das FINMA-Positionspapier «Regulierung der Produktion und des Vertriebs von Finanzprodukten». Quelle: <https://www.finma.ch/de/~media/finma/dokumente/dokumentencenter/myfinma/finma-publikationen/diskussionspapiere/diskussionspapier-20120224-regulierung-prod-vertr-finanzprod.pdf?la=de>

Fortsetzung und Ende Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-04):
Damit die SNB die gesamte Schöpfung von Währungseinheiten getrennt vom Bestand an Währungseinheiten bemisst und veröffentlicht.

Wir legen der Generalversammlung folgenden Beschluss zur Abstimmung vor:

« Die SNB soll mindestens monatlich den vorhandenen Bestand an Währungseinheiten und den kumulierten Betrag aus jeglicher Schöpfung von Währungseinheiten im Zeitraum eines Monats, in ihren Konten und den Bankkonten, die sie überwacht, veröffentlichen und alle dazu notwendigen Informationen sammeln. Insofern, als dieser Beschluss der Generalversammlung mit dem Nationalbankgesetz (NBG) vereinbar ist, können ihn der Bankrat und die Generaldirektion in die Tat umsetzen. Sollte es sich herausstellen, dass dieser Beschluss nicht mit dem NBG oder einem anderen Bundesgesetz vereinbar ist, dann stellt dieser Beschluss einen Antrag auf Überarbeitung des NBG zuhanden der Bundesversammlung dar, der dem Bundesrat unterbreitet wird, im Sinne des Art. 36 Abs. f des erwähnten NBG. »

Quelle: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-05):
**Damit die SNB die Berechnungsmethode des Wechselkurses der legalen Währung
«Schweizer Franken» (CHF) gegenüber den internationalen Devisen erläutert, festlegt und veröffentlicht.**

Heute weiss niemand, ob die in Bezug auf die internationalen Devisen veröffentlichten Wechselkurse auf die gesetzliche Währung oder auf andere Banken(giro)währungen angewandt werden. Ausserdem weiss niemand, wie diese Kurse berechnet werden (Schlusswert des letzten Handels im Augenblick «*t*», Durchschnitt der Kurse über eine bestimmte Zeit) oder von welchen Börsenplätzen aus der Referenzkurs bestimmt wird. Wird der WIR-Franken berücksichtigt, obwohl es eine Bankwährung ist, welche die durch das WZG definierte Währungseinheit «*Franken*» wie die anderen Bankwährungen verwendet?

Die Wechselkurse für die Berechnungen im Zusammenhang mit Zollformalitäten sind von grosser Bedeutung für den internationalen Handel. Welcher Zusammenhang besteht zwischen den Zoll-Wechselkursen und den Wechselkursen, die von den Banken und der SNB verwendet werden ?

Der entscheidende Faktor, um für ein Wertpapier (einschliesslich eines Währungspapiers) einen Wechselkurs oder anders gesagt eine Kotierung festzulegen, ist die Menge geschaffener Wertpapiere: Als die ganze Menge französischer Francs beim Übergang vom ancien franc zum nouveau franc in Frankreich durch 100 geteilt wurde, wurden alle Wechselkurse der Währungseinheit sofort umgekehrt proportional mit 100 multipliziert. Dasselbe geschah in umgekehrter Richtung, als die Firma Apple die Anzahl ihrer Aktien mit 7 multiplizierte. Welche Anzahl Währungseinheiten wird nun aber für die Kotierung des «*Schweizer Frankens*» (CHF) berücksichtigt? Während die Menge an gesetzlichem Geld in der Bilanz der SNB in der Grössenordnung von 600 Milliarden liegt, gibt es fast 1600 Milliarden an Geldsurrogaten auf der Passivseite der Banken: Zwischen dem Betrag rein gesetzlichen Geldes und der Gesamtmenge von etwa 2200 Milliarden gibt es einen Faktor 4.

Folgerichtig müssen die Marktbetreiber von den Wertpapieremittenten unabhängig sein, was scheinbar, aber nur scheinbar, der Fall war, als jedermann glaubte, die Banken würden kein Geld schöpfen. Nachdem wir geklärt haben, dass die Banken Geldsurrogate in grösserer Menge als das gesetzliche Geld schaffen, wäre es nicht normal, wenn ein Geldschöpfer gleichzeitig Richter und Partei bei der Kotierung seines eigenen Geldes wäre.

Da zu diesem Thema nichts veröffentlicht ist, ist es schwierig, sich ein Urteil zu bilden über die derzeitige Funktionsweise des Kotierungssystems des «*Frankens als Währungseinheit*» in der Schweiz, wofür die SNB verantwortlich ist.

Die Tatsache, dass es keinen präzisen Rahmen gibt, der von einem für das schweizerische Geldsystem Verantwortlichen festgelegt worden ist, könnte die jüngsten Wechselkursmanipulationen erklären, wenn die Akteure über keine klare und präzise Grenze bezüglich der Kursberechnungsmethode verfügen. Angesichts des Anspruchs auf Transparenz, den die SNB erfüllen muss als Ausgleich für ihre Unabhängigkeit, kann jedermann versichert sein, dass die SNB den strategischen Bereich der Kotierung der Wechselkurse im Verhältnis zu den internationalen Devisen mit Sorgfalt klären wird.

Fortsetzung und Ende Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-05):
**Damit die SNB die Berechnungsmethode des Wechselkurses der legalen Währung
«Schweizer Franken» (CHF) gegenüber den internationalen Devisen erläutert, festlegt und veröffentlicht.**

Wir legen der Generalversammlung folgenden Beschluss zur Abstimmung vor :

**«Die SNB soll die genauen Regeln für die Berechnung des Wechselkurses der gesetzlichen Währung
«Schweizer Franken» (CHF), für die sie allein verantwortlich ist, im Verhältnis zu den internationalen Devisen
erläutern, festlegen und monatlich veröffentlichen. Diese Regeln müssen insbesondere die Beteiligten, die
Verantwortlichen und die verwendeten Mittel für die Berechnung dieser Wechselkurse ermitteln.** Insofern, als
dieser Beschluss der Generalversammlung mit dem Nationalbankgesetz (NBG) vereinbar ist, können ihn der Bankrat
und die Generaldirektion in die Tat umsetzen. Sollte es sich herausstellen, dass dieser Beschluss nicht mit dem NBG
oder einem anderen Bundesgesetz vereinbar ist, dann stellt dieser Beschluss einen Antrag auf Überarbeitung des
NBG zuhanden der Bundesversammlung dar, der dem Bundesrat unterbreitet wird, im Sinne des Art. 36 Abs. f des
erwähnten NBG. »

Quelle : <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-06):

Damit die SNB ihre interne Buchhaltung von der Buchhaltung der gesetzlichen Schweizer Währung trennt, wie für «*verwaltete Vermögen*».

Die SNB AG verwaltet das Geld des souveränen Schweizer Volkes, im Namen des Schweizer Volkes, das diese Aufgabe seinen gewählten Vertretern im Parlament übertragen hat; das Parlament selber hat die Aufgabe der SNB AG übergeben. Wenn eine Bank die Wertpapiere eines Kunden verwaltet, befinden sich die Wertpapiere ausserhalb der Bilanz der Verwaltungsstruktur, in dem Bereich, den man «*Vermögensverwaltung*» nennt. In gleicher Weise sollte die Verwaltung der Geldschöpfung, der Vernichtung und der Aufbewahrung der vorhandenen Währungseinheiten nicht mit der Verwaltung der internen Buchhaltung der SNB AG vermischt werden. Es wäre nur logisch, dass die auf gesetzliche Währung lautenden Girokonten, die Bargeldbestände und die Buchhaltung der Währungsreserven ausserhalb der Bilanz der SNB AG verwaltet werden, in einer getrennten Buchhaltung als verwaltete Vermögen.

Das hat auch den Vorteil, dass die Finanzbuchhaltung des souveränen Volkes vor jeglichem Risiko im Zusammenhang mit dem Kapital oder der Finanzierung der SNB AG geschützt wäre, denn die fraglichen Beträge in der Finanzbuchhaltung entsprechen der Grösse eines Land, und nicht der Grösse einer «*fast normalen*» Firma, deren Aktien an der Börse kotiert sind.

Die Wahl zwischen einer Verwaltung der gesetzlichen Währung in der Bilanz der SNB AG oder einer Verwaltung ausserhalb der Bilanz als «*verwaltetes Vermögen*» wird nicht durch das Nationalbankgesetz (NBG) festgelegt. Die aktuelle Auswahl wurde getroffen, ohne dass die Schweizer Bürger über eine Rechtfertigung dieser Auswahl in Kenntnis gesetzt wurden. Das NBG ermöglicht es, diese Auswahl völlig frei zu ändern, nachdem das Verständnis der beiden Möglichkeiten besser geworden ist: Die Verwaltung ausserhalb der Bilanz als verwaltetes Vermögen entspricht exakt dem Bedürfnis nach einer Verwaltung der Vermögenswerte des Schweizer Volkes; diese Vermögenswerte wurden vom besagten Schweizer Volk der Obhut des Bundes übergeben, welcher sie wiederum der Obhut der SNB AG übergeben hat.

Eine klar getrennte Buchhaltung ermöglicht es, Unklarheiten zu vermeiden. Das würde insbesondere vermeiden, dass die Aufnahme in die Bilanz verstanden werden könnte als eine Zustimmung oder als Mittel zu einer ungerechtfertigten Bereicherung zugunsten einer kleinen Gruppe von Personen, und zum Schaden der anderen Schweizer Bürger.

Fortsetzung und Ende Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-06):
Damit die SNB ihre interne Buchhaltung von der Buchhaltung der gesetzlichen Schweizer Währung trennt, wie für «*verwaltete Vermögen*».

Wir legen der Generalversammlung folgenden Beschluss zur Abstimmung vor :

« Die Buchhaltung des gesetzlichen Bar- und Buchgeldes und der entsprechenden Reserven soll ausserhalb der Bilanz der SNB AG geführt werden, wie die verwalteten Vermögen in einer Anlagebank. Insofern, als dieser Beschluss der Generalversammlung mit dem Nationalbankgesetz (NBG) vereinbar ist, können ihn der Bankrat und die Generaldirektion in die Tat umsetzen. Sollte es sich herausstellen, dass dieser Beschluss nicht mit dem NBG oder einem anderen Bundesgesetz vereinbar ist, dann stellt dieser Beschluss einen Antrag auf Überarbeitung des NBG zuhanden der Bundesversammlung dar, der dem Bundesrat unterbreitet wird, im Sinne des Art. 36 Abs. f des erwähnten NBG. »

Quelle : <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-07):
Damit die SNB das «Umweltleitbild SNB» auf alle ihre Tätigkeiten einschliesslich ihrer Reisen ausdehne und effektiv anwende.

Im Artikel 3.2 der «*Richtlinien der Schweizerischen Nationalbank (SNB) für die Anlagepolitik*», wo von den Aktien die Rede ist, wird gesagt, dass die SNB «auf Investitionen in Unternehmen verzichtet, die international geächtete Waffen produzieren, grundlegende Menschenrechte massiv verletzen oder systematisch gravierende Umweltschäden verursachen.»

Quelle: http://www.snb.ch/de/mmr/reference/snb_legal_richtlinien/source/snb_legal_richtlinien.de.pdf

Gemäss einem Artikel der Zeitung «*Matin Dimanche*» scheint es, dass die SNB in den USA mehrere Milliarden in Aktien von Unternehmen investiert hat, die in der Kohle-, Schiefergas- und Schieferöl-Branche tätig sind.

Quelle: «Die SNB kauft massiv Schiefergas-Aktien», Pierre Veya, *Le Matin Dimanche*, 28 juin 2015
<http://lematindimanche.ch/read/ch.lematindimanche.ipad.LMD20150628/actualite>

Abgesehen vom grundsätzlichen Problem der Rechtfertigung der Käufe, welche die SNB mit dem Geld tätigt, das sie geschöpft hat, um ausländische Konkurrenzunternehmen der schweizerischen Unternehmen zu unterstützen, kann man sich fragen, wie überprüft werden soll, ob die Investitionen der SNB mindestens mit den Regeln vereinbar sind, welche sich die SNB selber gegenüber dem Schweizer Volk festgelegt hat. Was für Konsequenzen hat der durch die erhöhte Menge bestehender Währungseinheiten erreichte Wertzerfall des Schweizer Frankens, wenn man die Wechselkurse des Schweizer Frankens im Verhältnis zu den Fremdwährungen senken will? Muss die SNB zusätzlich indirekt auf die Gesundheit der Schweizer Unternehmen und der Wirtschaft einwirken? In Erwartung der grundsätzlichen Überlegungen zu diesen Themen kann man zumindest darum bitten, dass die Kohärenz der Investitionen in Bezug auf den von der SNB bekundeten guten Willen verbessert wird.

Das «*Umweltleitbild SNB*» macht klar, dass es sich «*in den letzten Jahren*» eindeutig herausgestellt hat, dass der Klimawandel eine ganz besondere Herausforderung für die Zukunft unseres Planeten ist. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, müssen wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen unbedingt langfristig in Einklang gebracht werden. In diesem Sinne nimmt die SNB ihre ökologische Verantwortung wahr: «*Wir haben uns auch in unserem Unternehmensleitbild verpflichtet, unsere Leistungen unter Schonung der natürlichen Ressourcen und unter Berücksichtigung der Prinzipien der Nachhaltigkeit zu erbringen.*»

Quelle: <http://www.snb.ch/de/mmr/reference/umweltleitbild/source/umweltleitbild.de.pdf>

In den «*Umweltzielen 2009-2016*» auf Seite 10 des Umweltleitbilds der SNB findet man auch folgende Ziele:

- *Die Nationalbank senkt ihre direkten Treibhausgas-Emissionen aus der Verbrennung von fossilen Treib- und Brennstoffen um 10%.*
- *Unseren Stromverbrauch decken wir weiterhin zu 100% aus erneuerbaren Energien.*
- *Wir beabsichtigen, mindestens 1% des Stroms aus eigener Photovoltaik selbst zu produzieren.*
- *Bei Sanierungen von Heizungsanlagen verzichten wir, wo technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar, auf fossile Brennstoffe.*
- *Die verbleibenden Treibhausgas-Emissionen kompensieren wir mit geeigneten Reduktionsprojekten bis ins Jahr 2011 vollständig. Die durch die SNB mitfinanzierten Massnahmen der Mitarbeitenden werden im Umfang der dort eingesparten Treibhausgas-Emissionen in Abzug gebracht.*

Fortsetzung und Ende Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-07):
Damit die SNB das «Umweltleitbild SNB» auf alle ihre Tätigkeiten einschliesslich ihrer Reisen ausdehne und effektiv anwende.

Wir legen der Generalversammlung folgenden Beschluss zur Abstimmung vor:

«Die SNB soll, sofern das noch nicht stattgefunden hat, die Tragweite des «Umweltleitbildes SNB» ausdehnen, damit es bei jeder Tätigkeit der SNB angewandt wird, und sie soll dementsprechend den Artikel 3.2 der «Richtlinien der Schweizerischen Nationalbank (SNB) für die Anlagepolitik» vom 27. Mai 2004 ändern. Ausserdem soll die SNB so schnell wie möglich ihre Regeln auf alle ihre Investitionen anwenden, indem sie sich auch schnell, spätestens am 31. Dezember 2017, von den schädlichen, durch ihre Regeln verbotenen Tätigkeiten trennt und im Gegenteil Investitionen in die erneuerbaren Energien, namentlich in der Schweiz, begünstigt. Insofern, als dieser Beschluss der Generalversammlung mit dem Nationalbankgesetz (NBG) vereinbar ist, können ihn der Bankrat und die Generaldirektion in die Tat umsetzen. Sollte es sich herausstellen, dass dieser Beschluss nicht mit dem NBG oder einem anderen Bundesgesetz vereinbar ist, dann stellt dieser Beschluss einen Antrag auf Überarbeitung des NBG zuhanden der Bundesversammlung dar, der dem Bundesrat unterbreitet wird, im Sinne des Art. 36 Abs. f des erwähnten NBG.»

Quelle: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-08):
Damit jeder Aktionär, der es verlangt, auf das Inhaberverzeichnis zugreifen und das Protokoll der Generalversammlung bekommen kann.

In ihrer Information an die Aktionäre erinnert die SNB daran, dass *«die Schweizerische Nationalbank eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft ist. Die Rechte der Aktionäre werden durch das Nationalbankgesetz bestimmt; das Aktienrecht findet nur ergänzend Anwendung (Art. 2 NBG).»*

Quelle: <https://www.snb.ch/de/ifor/shares>

Am 31. Dezember 2014 umfasste die Struktur des Aktionariats 2183 Privataktionäre, die eine Minderheit der Aktien besass, und 72 öffentlich-rechtliche Aktionäre, welche die Kantone, die Kantonalbanken und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Einrichtungen vertraten und die Mehrheit der Aktien der SNB besaßen.

Quelle: https://www.snb.ch/de/mmr/reference/shares_structure/source/aktionariatsstruktur.de.pdf

Gemäss Obligationenrecht, Abschnitt II zu den Rechten und Pflichten der Aktionäre, legt Artikel 686 fest, *«Die Gesellschaft führt über die Namenaktien ein Aktienbuch, in welches die Eigentümer und Nutzniesser mit Namen und Adresse eingetragen werden. Sie muss es so führen, dass in der Schweiz jederzeit darauf zugegriffen werden kann.»*

Quelle: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19110009/index.html#a686>

Das NBG definiert für die Aktionäre keine Zugriffseinschränkungen zum Register. Hingegen verpflichtet Art. 35 Abs. 2 des NBG jeden Aktionär, der einen Antrag auf Beschlussfassung an der Generalversammlung vorlegen möchte, die anderen Aktionäre zu kontaktieren, um mindestens 19 zu finden, die akzeptieren, mit ihm diesen Antrag vorzustellen. Diese spezifische Einschränkung zieht folgerichtig die Möglichkeit nach sich, die anderen Aktionäre ohne weiteres zu kontaktieren.

Quelle: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20021117/index.html#a35>

Zudem implizieren Pflicht und Recht jedes Aktionärs, gegen die Teilnahme unberechtigter Personen an der Generalversammlung Einspruch zu erheben, das Recht jedes Aktionärs, zu prüfen, ob die Voraussetzungen für diese Teilnahme gegeben sind. Insbesondere muss er den Eintrag jedes Teilnehmers der Generalversammlung im Inhaberverzeichnis überprüfen können. Dies erfordert, dass sowohl auf die Teilnehmerliste für die Generalversammlung als auch auf das Inhaberverzeichnis Einsicht genommen werden kann.

Quelle: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19110009/index.html#a691>

Die SNB präzisiert in ihrer Antwort vom 10. September 2015 auf die Interpellation eines Aktionärs durch die Stimme seiner stellvertretenden Direktorin, *«dass sie die Anträge zur Einsichtnahme in das Aktienbuch im Einklang mit der diesbezüglich vorherrschenden Lehre behandelt. Einer allgemeinen Anfrage für eine Einsichtnahme in das Aktienbuch kann nicht stattgegeben werden aus Gründen des Persönlichkeitsrechts der Aktionäre. Beweist ein Aktionär, dass er Informationen über die Eintragung gewisser anderer Aktionäre im Verzeichnis benötigt, um seine Rechte als Aktionär auszuüben, entscheidet der Bankrat von Fall zu Fall über die Anfrage (siehe auch Obligationenrecht Art. 697)»*

Tatsächlich präzisiert Art. 697, *«Die Auskunft ist insoweit zu erteilen, als sie für die Ausübung der Aktionärsrechte erforderlich ist. Sie kann verweigert werden, wenn durch sie Geschäftsgeheimnisse oder andere schutzwürdige Interessen der Gesellschaft gefährdet werden.»*

Quelle: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19110009/index.html#a697>

Insoweit, als der Eintrag im Inhaberverzeichnis fakultativ, die Offenlegung der Identität gemäss NBG für die Teilnahme an der Generalversammlung obligatorisch ist und die Generalversammlung, nach dem Willen des Bankrates, gefilmt und öffentlich in Echtzeit wiedergegeben wird, sind dessen plötzliche Bedenken über die private Einsichtnahme in die Teilnehmerliste und das Inhaberverzeichnis schwer verständlich, schwer zu rechtfertigen. Zudem handelt es sich nicht um eine Publikation, sondern vielmehr um eine auf den Kreis der Aktionäre eingeschränkte Einsichtnahme, die zudem durch das NBG verpflichtet sind, miteinander zu kommunizieren.

Ausserdem können die Bedenken gegenüber den Privatpersonen nicht auf die öffentlich-rechtlichen Aktionäre übertragen werden, die nicht aus dem souveränen Volk stammen. Es ist also auch unerlässlich, Einzelheiten über die teilnehmenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten sowie ihre dem Wesen nach öffentlichen Stellungnahmen zu den Entscheidungen der Generalversammlung zu kennen.

Fortsetzung und Ende Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-08):
Damit jeder Aktionär, der es verlangt, auf das Inhaberverzeichnis zugreifen und das Protokoll der Generalversammlung bekommen kann.

Wir legen der Generalversammlung folgenden Beschluss zur Abstimmung vor :

« Das Protokoll der Generalversammlung soll tatsächlich, auf deren Anfrage, an die Aktionäre der SNB verteilt werden, einschliesslich der Teilnehmerliste für die Generalversammlung und der Stellungnahmen der öffentlich-rechtlichen Aktionäre, und das Inhaberverzeichnis soll für alle Aktionäre, die das für die ausdrückliche Ausübung ihrer Aktionärsrechte und –pflichten verlangen, zugänglich sein. Insoweit, als dieser Beschluss der Generalversammlung mit dem Nationalbankgesetz (NBG) vereinbar ist, können ihn der Bankrat und die Generaldirektion in die Tat umsetzen. Sollte es sich herausstellen, dass dieser Beschluss nicht mit dem NBG oder einem anderen Bundesgesetz vereinbar ist, dann stellt dieser Beschluss einen Antrag auf Überarbeitung des NBG zuhanden der Bundesversammlung dar, der dem Bundesrat unterbreitet wird, im Sinne des Art. 36 Abs. f des erwähnten NBG. »

Quelle : <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-09):

Damit jeder Schweizer Bürger, der das verlangt, kostenlos über eine Aktie der SNB verfügt.

Die Geldschöpfung ist Hoheitsrecht, das Recht des Souveräns, und der Souverän ist das Volk, die Gesamtheit aller Schweizer Bürger. Einzig die Bürger können für Entscheidungen, die das Funktionieren der Eidgenossenschaft betreffen, abstimmen. Es ist demnach folgerichtig und demokratisch, dass jeder Bürger über ein Stimmrecht bei der SNB verfügt und sich an den Gewinnen der SNB beteiligt: ein Bürger, eine Stimme! Ebenfalls ist es normal, dass einzig die Bürger über dieses grundlegende Recht verfügen können, wie für alle Abstimmungen im Zusammenhang mit dem Leben der Eidgenossenschaft.

Die SNB wird als von der Eidgenossenschaft unabhängig erklärt, und dies äussert sich im Verbot für die Eidgenossenschaft, Aktionärin zu sein. Nun sieht Art. 6 NBG über die Unabhängigkeit der SNB vor, dass *«bei der Wahrnehmung der geld- und währungspolitischen Aufgaben nach Artikel 5, Absätze 1 und 2 [dürfen] die Nationalbank und die Mitglieder ihrer Organe weder vom Bundesrat noch von der Bundesversammlung oder von anderen Stellen Weisungen einholen oder entgegennehmen.»*

Quelle : <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20021117/index.html#a6>

Aus Gründen der Kohärenz mit der die Eidgenossenschaft betreffenden Argumentation wäre es folgerichtig, die gleiche Argumentation auch auf jegliche *«andere Stelle»* anzuwenden. Daher dürfte keine andere Stelle Aktionärin der SNB sein, um damit ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten. Bleiben als mögliche Aktionäre nur diejenigen, welche ein eidgenössisches Wahlrecht haben, Schweizer Bürger, um ihre Hoheitsbefugnisse, das Recht der Geldschöpfung direkt auszuüben.

Zu beachten ist, dass Artikel 7 des Nationalbankgesetzes vom 23. Dezember 1953, welches mit der Gesetzesrevision 2004 ausser Kraft gesetzt wurde, festlegte, dass *«nur Schweizer Bürger und schweizerische öffentlich-rechtliche Körperschaften sowie Kollektiv- und Kommanditgesellschaften und juristische Personen, deren Hauptniederlassung sich in der Schweiz befindet, [können] zur Eintragung ins Aktienbuch oder zur Zeichnung neuer Aktien zugelassen werden.»*

Quelle : http://www.snb.ch/de/mmr/reference/snb_legal_nbg_old/source/snb_legal_nbg_old.fr.pdf

Fortsetzung und Ende Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-09):

Damit jeder Schweizer Bürger, der das verlangt, kostenlos über eine Aktie der SNB verfügt.

Wir legen der Generalversammlung folgenden Beschluss zur Abstimmung vor:

«Jeder Schweizer Bürger soll eine einzige Aktie der SNB erhalten, wenn er sie verlangt, vorausgesetzt, er übt seine Rechte als Bürger aus. Nichtstaatsbürger können keine Aktien besitzen. Diese Aktie der SNB ist eine Namenaktie, kostenlos und nicht übertragbar. Insoweit, als dieser Beschluss der Generalversammlung mit dem Nationalbankgesetz (NBG) vereinbar ist, können ihn der Bankrat und die Generaldirektion in die Tat umsetzen. Sollte es sich herausstellen, dass dieser Beschluss nicht mit dem NBG oder einem anderen Bundesgesetz vereinbar ist, dann stellt dieser Beschluss einen Antrag auf Überarbeitung des NBG zuhanden der Bundesversammlung dar, der dem Bundesrat unterbreitet wird, im Sinne des Art. 36 Abs. f des erwähnten NBG.»

Quelle: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-10):

Damit jeder Schweizer Bürger, der das verlangt, kostenlos über ein souveränes Finanzierungskonto der Schweizer Realwirtschaft verfügt.

Gegenwärtig hat die SNB durch Schöpfung gesetzlicher Währungseinheiten aus dem Nichts mehr als 600 Mia an Investitionen realisiert, wovon sehr wenige, ja sogar keine, in der Schweiz, gemäss den veröffentlichten Angaben, zu denen wir Zugang haben.

Quelle: <https://data.snb.ch/de/topics/snb#!/cube/snbmoba>

Parallel dazu stellen alle Schweizer Unternehmer einen beunruhigenden Finanzierungsrückgang und entsprechende, mindestens korrelierende Aktivitätseinbussen fest. Diverse Medien berichten darüber und reden von «*Credit-crunch*» für die KMU und Kleinstunternehmen, welche das Herz der Schweizer Wirtschaft sind. Die Geldspritze für Industrie- und Innovationsunternehmen funktioniert nicht mehr, und doch ist es eine lebenswichtige Notwendigkeit.

Quelle: <http://www.bilan.ch/patrick-thiebaud/credit-crunch-mythe-realite>

Warum investiert die SNB nicht in der Schweiz? Das entspricht anscheinend der Besorgnis, jegliches Risiko der Parteinahme zugunsten einzelner Interessensgruppierungen und zulasten des Gemeinwohls zu vermeiden. Die Erfahrung zeigt, dass diese Angst begründet ist, wenn sich das erste Hoheitsrecht des Volkes eines souveränen Landes, die uneingeschränkte Geldschöpfung, aussergewöhnlich auf eine kleine, wenngleich ausserordentlich rechtschaffene, Personengruppe konzentriert.

Es besteht jedoch eine einfache Lösung, für die die Schweiz weltweit bekannt ist: die Demokratie! Eine Abstimmung für ein Projekt läuft darauf hinaus, dass jeder zum Projektbudget beiträgt. Im Endeffekt entspricht jeder Abstimmungszettel einem Finanzierungsanteil am Projekt.

Das Schweizer Volk weiss schon lange, dass das Gleichgewicht der persönlichen Interessen jedes einzelnen Bürgers die wahrhaftige politische Unabhängigkeit ist.

Mit den gegenwärtigen technischen Möglichkeiten ist es vollkommen machbar, dass jeder Bürger von der SNB ein durch ihre Geldschöpfung aufgefülltes Investitionskonto erhält. Gleichzeitig unterbreiten die schweizerischen Unternehmen als innovative Projektträger ihre Ideen und entsprechenden Finanzierungsanträge. Jeder Bürger vergibt sodann nach bestem Wissen und Gewissen einen Finanzierungsanteil an diverse vorgeschlagene Projekte, als verwaltender Souverän seines Kantons und des Bundes. Stellen wir uns vor, dass jeder Bürger über die Zuteilung von 1000 Fr. entscheiden müsste; das wären etwa 8 Mia, die man an die Realwirtschaft verteilen würde: eine lebenswichtige Finanzspritze.

Jeder Bürger wirkt damit direkt im Verwaltungsrat der Schweiz mit. Man könnte diesen Prozess als offizielles «*Crowdfunding*» betrachten, welches direkt mittels Geldschöpfung gespeist wird, die sich schliesslich in ihrem tiefsten Wesen darstellt: das wirtschaftliche Wahlrecht des Souveräns, dasjenige, das angibt, in welche Richtung wir arbeiten wollen und müssen.

Naturgemäss ist die SNB dafür verantwortlich, zu bestimmen, wie viel gesetzliche «*Schweizer Franken*» (CHF) zu diesem Zweck geschöpft werden. Wie jede Geldschöpfung hat diese Geldschöpfung den entsprechenden Zerfall der Währung zur Folge, was einen Rückgang ihres Wechselkurses fördert. Je mehr Geld die SNB auf diese Weise schöpft, desto stärker fällt der Wechselkurs und desto besser ist die Realwirtschaft finanziert, womit ein positiver Kreislauf zustande kommt.

Man bewirkt zudem eine wahrhaftige Trennung der Befugnisse zwischen demjenigen, der darüber entscheidet, wie viel Geld notwendig ist, und denjenigen, die darüber entscheiden, zu welchem Zweck dieses Geld am besten verwendet wird. Dies ist genau die wirtschaftliche und monetäre Entsprechung zur Trennung zwischen der Legislative, welche über das Budget entscheidet, und der Exekutive, welche es verwendet.

Fortsetzung und Ende Antrag auf Beschlussfassung durch die Generalversammlung der SNB (3A2016-10):
Damit jeder Schweizer Bürger, der das verlangt, kostenlos über ein souveränes Finanzierungskonto der Schweizer Realwirtschaft verfügt.

Wir legen der Generalversammlung folgenden Beschluss zur Abstimmung vor:

«Die SNB soll jedem Bürger, der dies verlangt, ein eigenständiges Finanzierungskonto zuweisen. Die Verwendung dieses Kontos beschränkt sich auf die Finanzierung von Projekten aus einer schweizerischen Projektdatenbank, welche die SNB gleichzeitig aufbauen muss. Die SNB entscheidet jährlich über den Betrag der gesetzlichen Währung, welchen sie zu diesem Zweck schöpft. Sie legt diesen Betrag zu gleichen Teilen auf diese Finanzierungskonten, um die Schweizer Realwirtschaft auf demokratische Weise direkt zu finanzieren. Insoweit, als dieser Beschluss der Generalversammlung mit dem Nationalbankgesetz (NBG) vereinbar ist, können ihn der Bankrat und die Generaldirektion in die Tat umsetzen. Sollte es sich herausstellen, dass dieser Beschluss nicht mit dem NBG oder einem anderen Bundesgesetz vereinbar ist, dann stellt dieser Beschluss einen Antrag auf Überarbeitung des NBG zuhanden der Bundesversammlung dar, der dem Bundesrat unterbreitet wird, im Sinne des Art. 36 Abs. f des erwähnten NBG. »

Quelle: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

Cohérence et transparence

Propositions de décision de l'Assemblée Générale de la BNS

(3A2016-01) :

Pour que la BNS protège efficacement l'appellation « *franc suisse* » (CHF) !

(3A2016-02) :

Pour que la BNS applique la définition des banques en tant que pratiquantes exclusives du dépôt de la monnaie légale « *franc suisse* » (CHF).

(3A2016-03) :

Pour que chaque citoyen suisse qui le demande puisse disposer d'un compte de virement à la BNS, comme les employés de la BNS.

(3A2016-04) :

Pour que la BNS mesure et publie le cumul de la création d'unités monétaire distinctement du stock d'unités monétaires.

(3A2016-05) :

Pour que la BNS explicite, formalise et publie la méthode de calcul du taux de change de la monnaie légale « *franc suisse* » (CHF) par rapport aux devises internationales.

(3A2016-06) :

Pour que la BNS sépare sa comptabilité interne de la comptabilité de la monnaie légale suisse, comme pour des « *actifs sous gestion* ».

(3A2016-07) :

Pour que la BNS étende et applique effectivement la « *Charte de la BNS sur l'environnement* » pour toutes ses activités y compris lors de ses placements.

(3A2016-08) :

Pour que chaque actionnaire qui le demande puisse accéder au registre des actionnaires et puisse recevoir le procès-verbal de l'Assemblée Générale.

(3A2016-09) :

Pour que chaque citoyen suisse qui le demande dispose gratuitement d'une action de la BNS.

(3A2016-10) :

Pour que chaque citoyen suisse qui le demande dispose gratuitement d'un compte de financement souverain de l'économie réelle suisse.

Proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-01):
Pour que la BNS protège efficacement l'appellation « franc suisse » (CHF) !

La Loi fédérale sur l'unité monétaire et les moyens de paiement (LUMMP) du 22 décembre 1999 institue dans son article premier que « l'unité monétaire suisse est le franc » et dans son article second que les « moyens de paiement ayant cours légal sont: a. les espèces métalliques émises par la Confédération; b. les billets de banque émis par la Banque nationale suisse; c. les avoirs à vue en francs auprès de la Banque nationale suisse. »

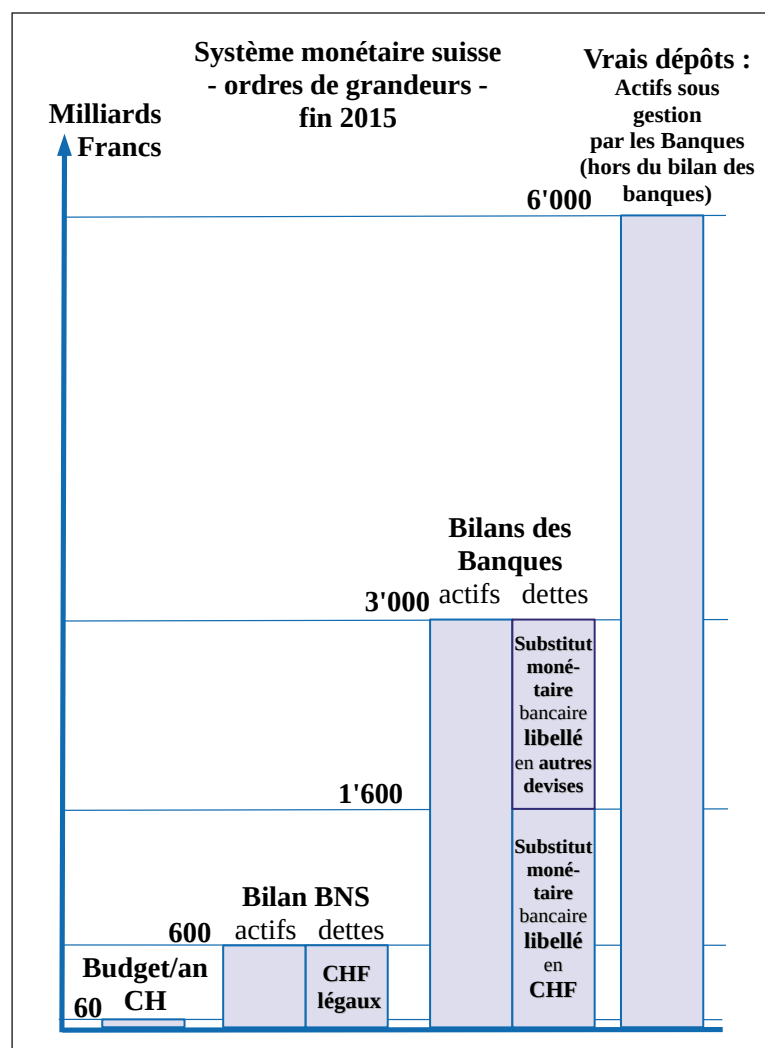
Source : <https://www.admin.ch/opc/fr/official-compilation/2000/1144.pdf>

Le Conseil Fédéral a répondu le 25 avril 2012 à une interpellation parlementaire déposée le 16 mars 2012 : « **L'argent au sens du droit constitutionnel ne comprend pas la monnaie scripturale des banques qui, contrairement aux avoirs à vue auprès de la BNS, connaît un risque d'insolvabilité.** »

Source : http://www.parlament.ch/f/suche/pages/geschaefte.aspx?gesch_id=20123305

Si « l'argent au sens du droit constitutionnel » s'appelle « franc suisse » (CHF), alors comment s'appelle la « monnaie scripturale des banques » ? Du fait que ni la Confédération ni la BNS ne protègent cette appellation essentielle, les citoyens font la confusion entre la monnaie légale « franc suisse », créée et gérée par la BNS, et les « substituts monétaires » d'origine bancaire issus de la création monétaire par les banques commerciales. En effet, « selon un sondage effectué dans le cadre d'un travail de Master à l'Université de Zurich, seuls 13% des personnes interrogées savaient que des banques d'affaires privées produisaient également de l'argent par le biais de crédits ».

Source : <http://www.hebdo.ch/news/politique/initiative-monnaie-pleine-bien-partie-selon-une-%C3%A9tude>



L'unité monétaire déterminée par l'article 1 de la LUMMP est le « franc », pas le « franc suisse » (CHF). L'usage de l'adjectif suisse désigne spécifiquement la monnaie légale du Peuple suisse, créée et garantie par la BNS, et cet usage du mot « suisse » ne peut être permis s'il « est de nature à tromper sur la provenance géographique, la valeur ou d'autres qualités de produits, » conformément à l'article 7 alinéa 2a de la Loi fédérale pour la protection des armoiries publiques et autres signes publics du 5 juin 1931.

Source : <https://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/19310026/index.html#a7>

La banque WIR par exemple est tout à fait claire quand elle ouvre des comptes et des crédits en « francs WIR » à ses clients, ceux-ci savent que les « francs WIR » sont créés par la banque WIR, et ne sont garantis par la banque WIR à la valeur d'un « franc suisse » (CHF) que dans la mesure où la banque WIR reste en existence. Pour le « franc WIR », l'adjectif « WIR » derrière le nom « franc » indique clairement l'origine du titre et le responsable de la garantie, qui est bien dans ce cas la Banque WIR et aucunement la Banque Nationale Suisse.

Suite et fin de la proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-01):

Pour que la BNS protège efficacement l'appellation «*franc suisse*» (CHF)!

Nous proposons au vote de l'Assemblée Générale la décision suivante :

« Que la BNS protège et défende l'expression «*franc suisse*» (CHF) comme une marque désignant exclusivement la monnaie légale du Peuple suisse, particulièrement pour faire cesser la confusion qui règne actuellement avec les substituts monétaires bancaires. Pour ce faire la BNS oblige les banques à indiquer à leurs clients et créanciers, de manière claire et évidente dans les contrats et les relevés de compte correspondants à ce cas :

1) que la banque utilise le «*franc*» comme unité monétaire conformément à l'article 1 de la LUMMP,

2) que la banque ajoute l'acronyme de la banque derrière l'unité monétaire «*franc*» (franc UBS, franc CS, franc BCGe, etc.)

3) que la monnaie scripturale bancaire est un substitut monétaire du «*franc suisse*» seule monnaie légale,

4) que son «*franc X*» est un titre public créé et émis par la banque X et garanti par elle, sans aucune garantie de la BNS.

5) que son «*franc X*» n'est pas un moyen de paiement légal, avec renvoi à l'article 1 et 2 de la LUMMP.

Dans la mesure où cette décision de l'Assemblée Générale est compatible avec la Loi fédérale sur la Banque nationale suisse (LBN), le Conseil de Banque et la Direction Générale peuvent l'appliquer en l'état. S'il s'avérait que cette décision n'était pas compatible avec la LBN ou avec une autre loi fédérale, alors cette décision constitue une proposition de révision de la LBN à l'intention de l'Assemblée fédérale, soumise au Conseil Fédéral, conformément à l'article 36 alinéa f de ladite LBN. »

Source : <https://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

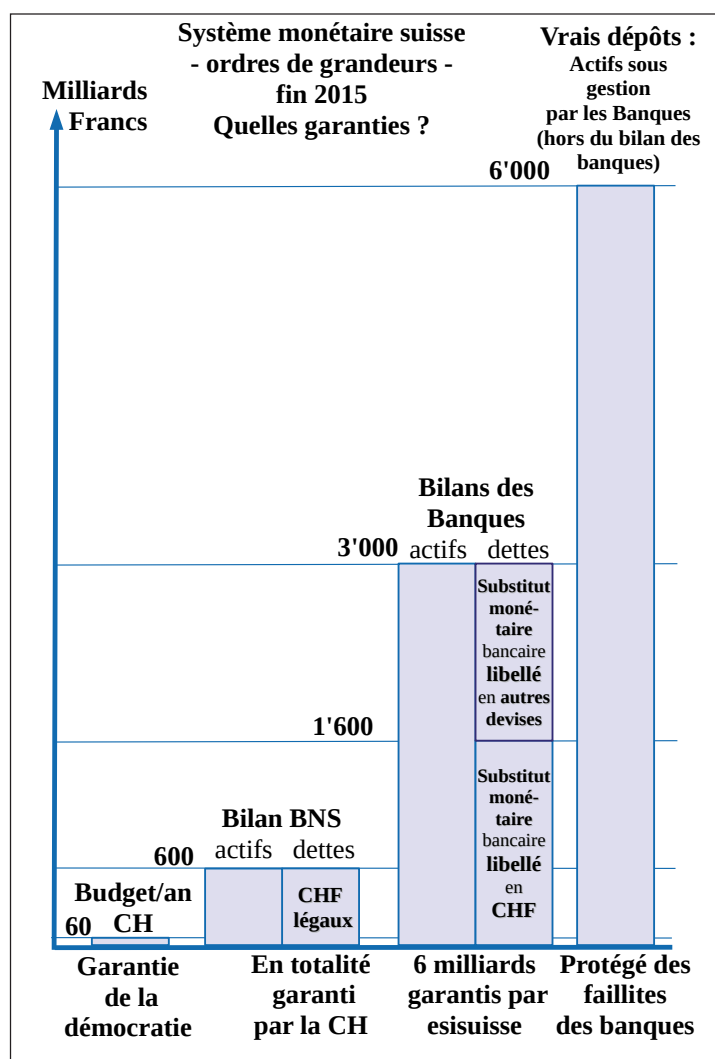
Proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-02):

Pour que la BNS applique la définition des banques en tant que pratiquantes exclusives du dépôt de la monnaie légale «*franc suisse*» (CHF).

Le mot «*banque*» est défini par la loi suisse comme le seul type d'organisation pouvant accepter des dépôts du public. Ainsi, l'article 1, alinéa 2 de la Loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne du 8 novembre 1934 stipule que «*les personnes physiques ou morales qui ne sont pas assujetties à la présente loi ne peuvent accepter des dépôts du public à titre professionnel.*»

Source : <http://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/19340083/index.html>.

Il n'y pas de monnaie scripturale «*ayant cours légal*» autre que celle des «*avoirs à vue en francs auprès de la BNS*» comme définit par l'article 2 de la LUMMP.



Le terme «*dépôt*» n'étant pas légalement défini, il est trompeur car l'usage actuel des banques montre que les dépôts de billets, qui sont des titres créés et émis par la BNS, sont traités comme des prêts envers la banque alors que tous les autres dépôts de titres (pour plus de 6000¹ milliards selon Swiss-banking) sont traités comme des actifs sous gestion, restant propriété complète du client et hors du bilan des banques, donc protégés en cas de faillite comme cela a pu être vérifié lors de la récente faillite de la banque Hottinger... Le fonctionnement du dépôt-titres «*habituel*» correspond exactement au sens commun, qui voit un dépôt en banque comme un dépôt dans le coffre d'une banque : le dépôt appartient au déposant et la banque ne peut l'utiliser à son propre compte et **ne devrait pas** l'intégrer dans son bilan, de la même manière que les titres déposés sur un dépôt-titres ne sont pas intégrés au bilan de la banque.

Or, le public ne sait pas quelles banques offrent effectivement de vrais dépôts en monnaie légale «*franc suisse*» (CHF), monnaie légale créée et garantie par la BNS.

¹ http://shop.sba.ch/1100003_f.pdf

Suite et fin de la proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-02) :

Pour que la BNS applique la définition des banques en tant que pratiquantes exclusives du dépôt de la monnaie légale «*franc suisse*» (CHF).

Nous proposons au vote de l'Assemblée Générale la décision suivante :

« Que la BNS publie et tienne à jour la liste des banques qui offrent de vrais dépôts en monnaie légale «*franc suisse*» (CHF), monnaie légale dont la BNS est seule responsable, en ayant vérifié qu'il s'agit bien d'un dépôt qui reste en pleine propriété du déposant, dépôt qui ne doit pas être intégré au bilan de la banque à l'image d'un dépôt-titres. Dans la mesure où cette décision de l'Assemblée Générale est compatible avec la Loi fédérale sur la Banque nationale suisse (LBN), le Conseil de Banque et la Direction Générale peuvent l'appliquer en l'état. S'il s'avérait que cette décision n'était pas compatible avec la LBN ou avec une autre loi fédérale, alors cette décision constitue une proposition de révision de la LBN à l'intention de l'Assemblée fédérale, soumise au Conseil Fédéral, conformément à l'article 36 alinéa f de ladite LBN.»

Source : <https://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

Proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-03):

Pour que chaque citoyen suisse qui le demande puisse disposer d'un compte de virement à la BNS, comme les employés de la BNS.

Comme le précise le Conseil fédéral dans sa réponse du 25 avril 2012 à une interpellation parlementaire déposée le 16 mars 2012, *« les moyens de paiement légaux et ceux considérés dans les faits comme tels sont loin d'être sur pied d'égalité. [...] Etant donné les différences de solvabilité des établissements gérant des comptes, les avoirs à vue auprès des banques ne jouissent pas des caractéristiques des dépôts auprès de la banque centrale: la standardisation et la fongibilité. Contrairement aux moyens de paiement légaux, nul n'est tenu d'accepter la monnaie scripturale des banques, à moins qu'un tel moyen de paiement ait été convenu par contrat, ou que les circonstances (l'usage) ou une disposition légale particulière l'exigent. »*

Source : http://www.parlament.ch/f/suche/pages/geschaefte.aspx?gesch_id=20123305

On rappelle également l'article 84, alinéa 1 du Droit des obligations contenu dans la Loi fédérale complétant le Code civil suisse du 30 mars 1911 qui définit clairement que *« le paiement d'une dette qui a pour objet une somme d'argent se fait en moyens de paiement ayant cours légal dans la monnaie due. »*

Source : <https://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/19110009/index.html#a84>

L'article 3, alinéa 3 de la Loi fédérale sur l'unité monétaire et les moyens de paiement (LUMMP) stipule que *« les avoirs à vue en francs auprès de la Banque nationale suisse doivent être acceptés en paiement, sans limitation de la somme, par tout titulaire d'un compte à la Banque nationale suisse. »*

Source : <https://www.admin.ch/opc/fr/official-compilation/2000/1144.pdf>

Dans l'hypothèse où aucune banque ne remplirait les conditions posées à la proposition 3A2016-02 et au vu de ce qui précède, quels sont les moyens que la BNS met en œuvre pour permettre aux citoyens de ce pays de respecter la loi en payant les biens et services avec de la monnaie scripturale légale? De même, comment la BNS agit-elle pour éviter aux citoyens un éventuel refus de leur monnaie scripturale hors-la-loi, c'est-à-dire hors de tout cadre légal, qu'ils sont amenés à utiliser pour solder leurs dettes ou leurs paiements en dehors de l'utilisation des pièces et des billets qui tend à être supprimée?

Actuellement, à notre connaissance, un compte de virement à la BNS est le seul moyen de pouvoir utiliser la monnaie légale scripturale, celle créée par la BNS. Il serait logique que les citoyens puissent utiliser au quotidien la seule monnaie légale avec pouvoir libératoire, de forme électronique et garantie sans limite directement par la BNS. En effet, utiliser seulement des billets peut se révéler dangereux pour la sécurité du porteur, et bientôt limité par la loi¹.

En outre, cette possibilité existe concrètement, puisque les employés de la BNS l'utilisent quotidiennement sans qu'aucun inconvénient n'ait été publié par la BNS à ce jour.

¹ « Les banques ne veulent plus se mettre en danger pour leur clientèle. Trop de pressions, d'incertitudes et de durcissement dans les normes édictées par le Groupe d'action financière (GAFI) en matière de blanchiment d'argent et que les autorités suisses entendent reprendre dans le droit helvétique. »

Source : <http://www.bilan.ch/economie-les-plus-de-la-redaction/banques-le-rapport-de-force-change>

Suite et fin de la proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-03) :

Pour que chaque citoyen suisse qui le demande puisse disposer d'un compte de virement à la BNS, comme les employés de la BNS.

Nous proposons au vote de l'Assemblée Générale la décision suivante :

« Que la BNS ouvre un compte de virement en monnaie légale à chaque citoyen qui le demande et qui désire respecter la loi de son pays. Dans la mesure où cette décision de l'Assemblée Générale est compatible avec la Loi fédérale sur la Banque nationale suisse (LBN), le Conseil de Banque et la Direction Générale peuvent l'appliquer en l'état. S'il s'avérait que cette décision n'était pas compatible avec la LBN ou avec une autre loi fédérale, alors cette décision constitue une proposition de révision de la LBN à l'intention de l'Assemblée fédérale, soumise au Conseil Fédéral, conformément à l'article 36 alinéa f de ladite LBN. »

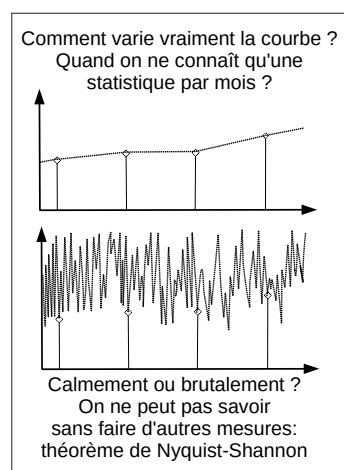
Source : <https://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

Pour que la BNS mesure et publie le cumul de la création d'unités monétaire distinctement du stock d'unités monétaires.

La Loi fédérale sur la Banque nationale suisse (LBN) du 3 octobre 2003 dispose à l'article 14, alinéa 1 que « la Banque nationale collecte les données statistiques nécessaires à l'exécution de ses tâches légales et à l'observation de l'évolution des marchés financiers. » De même, à l'article 15, alinéa 1, il est indiqué que « les banques, les infrastructures des marchés financiers, les négociants en valeurs mobilières et les titulaires d'une autorisation visés à l'art. 13, al. 2, de la loi du 23 juin 2006 sur les placements collectifs sont tenus de fournir à la Banque nationale des données statistiques sur leurs activités. ». Et enfin, au susdit article, alinéa 3, la loi précise que « la Banque nationale fixe la nature de ces données et la fréquence de leur remise dans une ordonnance; elle règle également l'organisation et la procédure après avoir consulté les personnes tenues de fournir les données. »

Source : <https://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/20021117/index.html#id-3>

Actuellement, on peut seulement retrouver le stock d'unités monétaires en existence dans le bilan de la BNS et des banques commerciales, indirectement, grâce aux données publiées par la BNS sur son site www.snb.ch. Il est impossible de trouver le cumul de la création d'unités monétaires entre deux clôtures de bilans. En effet, la variation du stock monétaire correspond au cumul de la création monétaire moins le cumul de la destruction monétaire selon la loi de conservation des unités monétaires. Le cumul de la création d'unités monétaires n'est pas publié et, semble-t-il, n'est pas mesuré de manière officielle.



Par analogie avec la distribution d'eau, c'est comme si l'on mesurait combien il reste d'eau dans les baignoires, sans mesurer le cumul de l'entrée d'eau potable avec un compteur : l'eau potable serait gratuite ! La consommation d'eau potable ne serait pas mesurée, resterait inconnue, et ne pourrait donc être ni facturée ni payée. Le plus souvent, une banque a créé beaucoup plus de monnaie que l'augmentation du stock de monnaie : les pertes et les ventes d'actifs ont compensé des créations (on ne sait pas combien de fois la baignoire a été remplie puis vidée...), rendant ainsi invisible la source de la spéculation qui fait monter les prix des bourses et des biens durables comme l'immobilier ou vitaux comme les denrées alimentaires. Or, la création monétaire est un paramètre très important pour comprendre et contrôler l'économie. Par exemple, un crédit de 10 milliards fait par une banque pendant deux jours, voire quelques millièmes de seconde, est invisible dans les statistiques actuelles, alors que son rôle sur l'économie peut être énorme, en faisant par exemple monter les prix d'une action ou d'une matière première.

Surtout, le principe même de cotation de titres, comme les unités monétaires, ou les unités de capital nommées actions, est basé sur la connaissance du nombre de titres émis. Quand Apple a multiplié le nombre de ses actions par sept, le prix de ses actions a mathématiquement été divisé par sept. En l'absence de publication formelle et officielle du nombre de titres monétaires créés, le peuple est dans l'impossibilité de négocier correctement le prix des titres monétaires et le prix des biens et services libellés selon ces titres monétaires. Pour des actions, un émetteur publiquement coté qui ne publierait pas ses créations/émissions d'actions aurait des problèmes¹. Or, les créateurs d'unités monétaires, unités qui sont de fait des titres monétaires, sont les seuls à ne respecter aucune règle de publication. En attendant que ce problème soit examiné sur le fond, le principe de transparence qui s'applique à la BNS en compensation de son indépendance, justifie qu'elle recherche et publie toutes les informations permettant aux citoyens de connaître à chaque instant le montant du cumul de la création des unités monétaires qu'ils utilisent au quotidien.

Imaginez que nous voulions avoir une estimation de la quantité de pollution générée par les automobiles en Suisse. Par analogie de la monnaie avec le carburant, ce que propose la BNS actuellement dans ses publications, c'est seulement la mesure de la quantité de carburant restant dans le réservoir des automobiles chaque fin de mois à minuit. Ce que nous demandons, c'est une base de réflexion plus utile, voire indispensable : nous demandons la mesure et la publication du cumul de la quantité de carburant entrée dans les automobiles pendant chaque mois.

¹ Voir par exemple le document « Réglementation sur la production et la distribution de produits financiers » de la FINMA.

Source : <https://www.finma.ch/fr/~media/finma/dokumente/dokumentencenter/myfinma/finma-publikationen/diskussionspapiere/diskussionspapier-20120224-regulierung-prod-vertr-finanzprod.pdf?la=fr>

Suite et fin de la proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-04) :

Pour que la BNS mesure et publie le cumul de la création d'unités monétaire distinctement du stock d'unités monétaires.

Nous proposons au vote de l'Assemblée Générale la décision suivante :

« Que la BNS publie au moins mensuellement le stock d'unités monétaires en existence et le montant cumulé de toute création d'unités monétaires de la période mensuelle, dans ses comptes et dans les comptes des banques qu'elle surveille, et récolte toutes les informations nécessaires à cet effet. Dans la mesure où cette décision de l'Assemblée Générale est compatible avec la Loi fédérale sur la Banque nationale suisse (LBN), le Conseil de Banque et la Direction Générale peuvent l'appliquer en l'état. S'il s'avérait que cette décision n'était pas compatible avec la LBN ou avec une autre loi fédérale, alors cette décision constitue une proposition de révision de la LBN à l'intention de l'Assemblée fédérale, soumise au Conseil Fédéral, conformément à l'article 36 alinéa f de ladite LBN. »

Source : <https://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

Proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-05):

Pour que la BNS explicite, formalise et publie la méthode de calcul du taux de change de la monnaie légale «*franc suisse*» (CHF) par rapport aux devises internationales.

Aujourd'hui, nul ne sait si les taux de change par rapport aux devises internationales publiés s'appliquent ou non à la monnaie légale ou à d'autres monnaies scripturales bancaires. De plus, nul ne sait comment ces taux sont calculés (valeur de clôture du dernier échange à l'instant «*t*», moyenne des taux sur une période donnée) ou à partir de quelles places boursières est décidé le taux de référence. Le «*franc WIR*» est-il pris en compte, alors que c'est une monnaie bancaire qui utilise l'unité monétaire «*franc*» définie par la LUMMP, comme les autres monnaies bancaires ?

Les taux de change pour les calculs relatifs aux formalités douanières sont d'une importance majeure pour le commerce international. Quel est le lien entre les taux douaniers et les taux de change utilisés par les banques et par la BNS ?

Le paramètre primordial pour fixer un taux de change, autrement dit une cotation, pour un titre, y compris un titre monétaire, est la quantité de titres créés : quand la quantité de francs français a été divisée par 100 lors du passage de l'ancien franc au nouveau franc en France, tous les taux de change de l'unité monétaire ont été immédiatement multipliés par 100 de manière inversement proportionnelle. Idem en sens inverse quand Apple a multiplié par sept le nombre de ses actions. Or, pour la cotation du «*franc suisse*» (CHF), quel nombre d'unités monétaires est pris en compte ? Quand la quantité de monnaie légale est de l'ordre de 600 milliards dans le bilan de la BNS, il y a près de 1600 milliards de substituts monétaires dans le passif des banques : entre le montant de monnaie légale seule, et le total de l'ordre de 2200, il y a presque un facteur 4.

En toute logique les opérateurs de marchés doivent être indépendants des émetteurs de titres, ce qui était en apparence, en apparence seulement, le cas quand tout le monde croyait que les banques ne créaient pas de monnaie. Maintenant qu'il est clarifié que les banques créent des substituts monétaires en plus grande quantité que la monnaie légale, il serait anormal qu'un créateur de monnaie soit juge et partie à la cotation de sa propre monnaie. Comme rien n'est publié sur le sujet, il est difficile de se faire une opinion sur le fonctionnement actuel du système de cotation du «*franc unité monétaire*» en Suisse, dont la BNS est responsable.

L'absence de cadre précis posé par le responsable du système monétaire suisse pourrait expliquer les récentes affaires de manipulation de cours de change, si les opérateurs ne disposent d'aucune limite claire et précise quant à la méthode de calcul des cours. Devant l'exigence de transparence à laquelle la BNS est soumise en compensation de son indépendance, chacun peut être assuré de la diligence de la BNS à clarifier le domaine stratégique de la cotation des taux de change par rapport aux devises internationales.

Suite et fin de la proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-05) :
Pour que la BNS explicite, formalise et publie la méthode de calcul du taux de change de la monnaie légale « franc suisse » (CHF) par rapport aux devises internationales.

Nous proposons au vote de l'Assemblée Générale la décision suivante :

« Que la BNS explicite, formalise et publie mensuellement les règles précises de calcul du taux de change de la monnaie légale « franc suisse » (CHF) par rapport aux devises internationales, monnaie légale dont elle est seule responsable. Ces règles doivent en particulier identifier les intervenants, les responsables et les moyens utilisés pour calculer ces taux de change. Dans la mesure où cette décision de l'Assemblée Générale est compatible avec la Loi fédérale sur la Banque nationale suisse (LBN), le Conseil de Banque et la Direction Générale peuvent l'appliquer en l'état. S'il s'avérait que cette décision n'était pas compatible avec la LBN ou avec une autre loi fédérale, alors cette décision constitue une proposition de révision de la LBN à l'intention de l'Assemblée fédérale, soumise au Conseil Fédéral, conformément à l'article 36 alinéa f de ladite LBN. »

Source : <https://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

Proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-06):

Pour que la BNS sépare sa comptabilité interne de la comptabilité de la monnaie légale suisse, comme pour des «*actifs sous gestion*».

La BNS SA gère la monnaie du Peuple suisse souverain, au nom du Peuple suisse, qui a délégué cette charge à ses élus au Parlement, qui a lui-même délégué la charge à la BNS SA. Quand une banque gère les titres d'un client, les titres sont hors du bilan de la structure de gestion, dans ce qui est appelé les «*actifs sous gestion*». De la même manière, la gestion de la création, de la destruction et du stock des unités monétaires en existence ne devrait pas être confondue avec la gestion de la comptabilité interne de la BNS SA. Il serait logique que les comptes de virement en monnaie légale, les stocks d'espèces, et la comptabilité des réserves monétaires soient gérés hors du bilan de la BNS SA, dans une comptabilité séparée comme des «*actifs sous gestion*».

Cela a aussi l'intérêt de protéger la comptabilité monétaire du Peuple souverain de tout risque lié au capital ou au financement de la BNS SA, car les montants en jeu dans la comptabilité monétaire sont à la taille d'un pays, pas d'une société «*presque normale*» dont les actions sont cotées en bourse.

Le choix d'une gestion de la monnaie légale dans le bilan de la BNS SA ou d'une gestion hors du bilan en tant qu'«*actif sous gestion*», n'est pas défini par la LBN. Le choix actuel a été fait sans qu'une justification de ce choix ait été portée à la connaissance des citoyens suisses. La LBN permet de modifier ce choix en toute liberté, maintenant que la compréhension des deux possibilités est meilleure: la gestion hors du bilan en tant qu'actif sous gestion correspond exactement au besoin de gestion des valeurs patrimoniales du Peuple suisse, qui ont été confiées par ledit Peuple suisse à la garde de la Confédération, qui les a elle-même confié à la garde de la BNS SA.

Une séparation comptable claire permet d'éviter toute confusion. Cela éviterait en particulier que l'intégration au bilan puisse être comprise comme une appropriation ou un moyen de procurer un enrichissement illégitime au profit d'un petit groupe de personnes, ceci au détriment des autres citoyens suisses.

Suite et fin de la proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-06) :

Pour que la BNS sépare sa comptabilité interne de la comptabilité de la monnaie légale suisse, comme pour des « actifs sous gestion ».

Nous proposons au vote de l'Assemblée Générale la décision suivante :

« Que la comptabilité de la monnaie légale fiduciaire et scripturale et des réserves associées se fasse en dehors du bilan de la BNS SA, à l'image des actifs sous gestion dans une banque patrimoniale. Dans la mesure où cette décision de l'Assemblée Générale est compatible avec la Loi fédérale sur la Banque nationale suisse (LBN), le Conseil de Banque et la Direction Générale peuvent l'appliquer en l'état. S'il s'avérait que cette décision n'était pas compatible avec la LBN ou avec une autre loi fédérale, alors cette décision constitue une proposition de révision de la LBN à l'intention de l'Assemblée fédérale, soumise au Conseil Fédéral, conformément à l'article 36 alinéa f de ladite LBN. »

Source : <https://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

Proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-07):

Pour que la BNS étende et applique effectivement la «Charte de la BNS sur l'environnement» pour toutes ses activités y compris lors de ses placements.

A l'article 3.2 des «Directives générales de la Banque nationale suisse (BNS) sur la politique de placement» concernant les actions, il est affirmé que «la BNS renonce à investir dans des entreprises qui produisent des armes prohibées par la communauté internationale, qui violent massivement des droits humains fondamentaux ou qui causent de manière systématique de graves dommages à l'environnement.»

Source : http://www.snb.ch/fr/mmr/reference/snb_legal_richtlinien/source/snb_legal_richtlinien.fr.pdf

Il semble que la BNS a investi aux USA plusieurs milliards dans des actions d'entreprises actives dans le charbon, le gaz de schiste et le pétrole de schiste, selon un article du Matin Dimanche.

Source: «La BNS achète massivement des actions de gaz de schiste», Pierre Veya, Le Matin Dimanche, 28 juin 2015
<http://lematindimanche.ch/read/ch.lematindimanche.ipad.LMD20150628/actualite>

Sans compter le problème de fond de la justification des achats que la BNS fait avec la monnaie qu'elle a créé pour soutenir des entreprises étrangères concurrentes des entreprises suisses, on peut se demander comment vérifier que les investissements de la BNS soient au minimum cohérents avec les règles que la BNS s'est elle-même fixée vis-à-vis du Peuple suisse. Pour faire baisser les taux de change du franc suisse par rapport aux devises étrangères, quelles sont les conséquences de la dilution de la valeur du franc suisse obtenue en augmentant la quantité d'unités monétaires en existence? Faut-il en plus que la BNS agisse indirectement sur la santé même des entreprises suisses et de son économie? En attendant des réflexions de fond sur ces sujets, on peut au moins demander à améliorer la cohérence des investissements par rapport à la volonté de bien faire affichée par la BNS.

La «Charte de la BNS sur l'environnement» précise que «ces dernières années, il est clairement apparu que le changement climatique constituait un enjeu de taille pour l'avenir de la planète. Pour relever ce défi, il faut absolument faire rimer impératifs économiques et impératifs écologiques à long terme. C'est dans cet état d'esprit que la BNS assume sa responsabilité écologique: dans notre charte d'entreprise, nous nous sommes engagés à fournir nos prestations en nous efforçant de ménager les ressources naturelles et en nous inspirant des principes du développement durable.»

Source : <http://www.snb.ch/fr/mmr/reference/umweltleitbild/source/umweltleitbild.fr.pdf>

On trouve également dans les «Objectifs en matière d'environnement pour les années 2009 à 2016», en page 10 de la «Charte de la BNS sur l'environnement», les objectifs suivants :

- La Banque nationale réduit de 10% ses émissions directes de gaz à effet de serre dues aux carburants et aux combustibles fossiles.
- Nous continuons de couvrir notre consommation d'électricité à raison de 100% par des énergies renouvelables.
- Nous visons à produire au moins 1% de l'électricité avec nos propres installations photovoltaïques.
- Nous cherchons, dans la mesure où les contraintes techniques et économiques le permettent, à nous passer de combustibles fossiles pour les installations de chauffage devant être assainies.
- Nous compensons intégralement, d'ici à l'an 2011, les émissions de gaz à effet de serre restantes en soutenant des projets de réduction des émissions de CO2. Les émissions de gaz à effet de serre évitées grâce à des mesures mises en œuvre par les collaborateurs et financées en partie par la BNS sont portées en déduction des émissions imputables à la Banque.

Suite et fin de la proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-07) :

Pour que la BNS étende et applique effectivement la «*Charte de la BNS sur l'environnement*» pour toutes ses activités y compris lors de ses placements.

Nous proposons au vote de l'Assemblée Générale la décision suivante :

« Que la BNS élargisse, si ce n'était pas le cas, la portée de la «*charte de la BNS sur l'environnement*» afin qu'elle s'applique dans toute activité de la BNS, puis modifie en conséquence l'article 3.2 des «*Directives générales de la Banque nationale suisse (BNS) sur la politique de placement du 27 mai 2004*». Et que la BNS applique au plus vite ses règles pour tous ses investissements, y compris en se désengageant rapidement mais au plus tard au 31 décembre 2017, des activités nocives interdites par ses règles, et en favorisant au contraire les investissements dans les énergies renouvelables, notamment en Suisse. Dans la mesure où cette décision de l'Assemblée Générale est compatible avec la Loi fédérale sur la Banque nationale suisse (LBN), le Conseil de Banque et la Direction Générale peuvent l'appliquer en l'état. S'il s'avérait que cette décision n'était pas compatible avec la LBN ou avec une autre loi fédérale, alors cette décision constitue une proposition de révision de la LBN à l'intention de l'Assemblée fédérale, soumise au Conseil Fédéral, conformément à l'article 36 alinéa f de ladite LBN. »

Source : <https://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

Proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-08):

Pour que chaque actionnaire qui le demande puisse accéder au registre des actionnaires et puisse recevoir le procès-verbal de l'Assemblée Générale.

Dans son information aux actionnaires, la BNS rappelle que *« la Banque nationale suisse est une société anonyme fondée sur une loi spéciale. Les droits des actionnaires sont définis dans la loi sur la Banque nationale; les dispositions du code des obligations relatives à la société anonyme sont applicables à titre supplétif (art. 2 LBN). »*

Source : <https://www.snb.ch/fr/for/shares>

La structure de l'actionnariat au 31 décembre 2014 comprenait 2183 actionnaires particuliers détenant une minorité d'actions et 72 actionnaires de droit public, comprenant les cantons, les banques cantonales et d'autres collectivités et établissements de droit public possédant la majorité des actions de la BNS.

Source : https://www.snb.ch/fr/mmr/reference/shares_structure/source/aktionariatsstruktur.fr.pdf

Selon le Code des obligations au chapitre II concernant les droits et obligations des actionnaires, l'article 686 stipule que *« la société tient un registre des actions, qui mentionne le nom et l'adresse des propriétaires et des usufruitiers d'actions nominatives. Elle tient ce registre de manière à ce qu'il soit possible d'y accéder en tout temps en Suisse. »*

Source : <https://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/19110009/index.html#a686>

La LBN ne définit aucune restriction à l'accès des actionnaires au registre. A l'inverse, l'article 35, alinéa 2 de la LBN oblige tout actionnaire qui souhaite présenter une proposition de décision à l'Assemblée Générale à contacter les autres actionnaires afin d'en trouver au moins 19 qui acceptent de présenter cette proposition avec lui. Cette contrainte particulière emporte, en toute logique, la possibilité de contacter facilement les autres actionnaires.

Source: <https://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/20021117/index.html#a35>

En outre, le devoir et le droit de tout actionnaire de protester contre une participation illicite à l'Assemblée Générale sous-entend le droit pour chaque actionnaire de vérifier l'existence des conditions nécessaires à cette participation. Notamment, il doit pouvoir vérifier l'inscription au registre des actionnaires de tout participant à l'Assemblée Générale. Ceci nécessite de pouvoir prendre connaissance à la fois de la liste de participation à l'Assemblée Générale et du registre des actionnaires.

Source: <https://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/19110009/index.html#a691>

Dans sa réponse du 10 septembre 2015 à l'interpellation d'un actionnaire par la voix de sa directrice adjointe, la BNS précise qu'elle *« traite les demandes de consultation du registre des actions en accord avec la doctrine dominante à ce sujet. Une demande générale de consultation du registre des actions ne peut être autorisée pour des raisons de droit de la personnalité des actionnaires. Si un actionnaire prouve qu'il a besoin d'informations sur l'inscription dans le registre de certains autres actionnaires afin d'exercer ses droits d'actionnaire, le Conseil de banque décide de la demande au cas par cas (voir aussi Code des obligations art. 697). »*

En effet, l'article 697 précise que *« Les renseignements doivent être fournis dans la mesure où ils sont nécessaires à l'exercice des droits de l'actionnaire. Ils peuvent être refusés lorsqu'ils compromettraient le secret des affaires ou d'autres intérêts sociaux dignes de protection. »*

Source : <https://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/19110009/index.html#a697>

Dans la mesure où l'inscription au registre des actionnaires est facultative, la divulgation de l'identité est obligatoire de par la LBN pour la participation à l'Assemblée Générale, et l'Assemblée Générale est filmée avec une diffusion publique en temps réel selon la volonté du Conseil de Banque, il est difficile de comprendre sa soudaine préoccupation sur la consultation privée de la liste des participants et du registre des actionnaires, difficile à justifier. En outre, il ne s'agit pas d'une publication, mais bien d'une consultation limitée au cercle des actionnaires qui sont obligés de communiquer entre eux par la LBN. De plus, une préoccupation pour les personnes humaines, ne peut être retenue pour les actionnaires de droit public qui ne sont que l'émanation du Peuple souverain. Il est donc en outre indispensable de connaître le détail des participations des collectivités et établissements de droit public ainsi que leurs prises de position par essence publiques, sur les décisions de l'Assemblée Générale.

Suite et fin de la proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-08) :

Pour que chaque actionnaire qui le demande puisse accéder au registre des actionnaires et puisse recevoir le procès-verbal de l'Assemblée Générale.

Nous proposons au vote de l'Assemblée Générale la décision suivante :

« Que le procès-verbal de l'Assemblée générale soit effectivement diffusé, sur leur demande, aux actionnaires de la BNS y compris la liste de participation à l'Assemblée générale et les prises de positions des actionnaires de droit public et que le registre des actionnaires soit consultable par tout actionnaire qui le demande pour l'exercice de ses droits et devoirs explicites d'actionnaire. Dans la mesure où cette décision de l'Assemblée Générale est compatible avec la Loi fédérale sur la Banque nationale suisse (LBN), le Conseil de Banque et la Direction Générale peuvent l'appliquer en l'état. S'il s'avérait que cette décision n'était pas compatible avec la LBN ou avec une autre loi fédérale, alors cette décision constitue une proposition de révision de la LBN à l'intention de l'Assemblée fédérale, soumise au Conseil Fédéral, conformément à l'article 36 alinéa f de ladite LBN. »

Source : <https://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

Proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-09):

Pour que chaque citoyen suisse qui le demande dispose gratuitement d'une action de la BNS.

La création monétaire est le pouvoir régalien, le pouvoir du Souverain, et le Souverain, c'est le Peuple, soit l'ensemble des citoyens suisses. Seuls les citoyens peuvent voter pour les décisions relatives au fonctionnement de la Confédération. Il est donc logique et démocratique que chaque citoyen dispose d'un droit de vote à la BNS et partage les bénéfices de la BNS : un citoyen, une voix ! Il est aussi normal que seuls les citoyens puissent disposer de ce droit essentiel comme pour tous les votes touchant à la vie de la Confédération.

La BNS est déclarée indépendante de la Confédération, et cela se traduit par l'interdiction à la confédération d'être actionnaire. Or, l'article 6 de la LBN sur l'indépendance de la BNS prévoit que *« dans l'accomplissement des tâches de politique monétaire visées à l'article 5, alinéas 1 et 2, la Banque nationale et les membres de ses organes ne peuvent ni solliciter ni accepter d'instructions du Conseil fédéral, de l'Assemblée fédérale ou d'autres organismes. »*

Source : <https://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/20021117/index.html#a6>

Par cohérence avec le raisonnement sur la Confédération, il serait logique d'appliquer ce même raisonnement pour tout *« autre organisme »* aussi. En conséquence, aucun autre organisme ne saurait être actionnaire de la BNS pour assurer son indépendance. Il reste seulement comme possibles actionnaires ceux qui ont le droit de vote fédéral, les citoyens suisses, pour exercer directement leur pouvoir régalien de Souverain, le droit de création monétaire.

A noter que l'article 7 de la Loi sur la Banque nationale du 23 décembre 1953, abrogé lors de la révision de la loi adoptée en 2004, stipulait que *« seuls les citoyens suisses et les collectivités suisses de droit public, de même que les sociétés en nom collectif et en commandite et les personnes morales ayant leur domicile principal en Suisse [pouvaient] être inscrits dans le registre des actions ou admis à souscrire de nouvelles actions. »*

Source : http://www.snb.ch/fr/mmr/reference/snb_legal_nbg_old/source/snb_legal_nbg_old.fr.pdf

Suite et fin de la proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-09) :

Pour que chaque citoyen suisse qui le demande dispose gratuitement d'une action de la BNS.

Nous proposons au vote de l'Assemblée Générale la décision suivante :

« Que chaque citoyen suisse reçoive une et une seule action de la BNS quand il la demande pour autant qu'il jouisse de ses droits civils. Aucune action ne peut appartenir à des non citoyens. Cette action de la BNS est nominative, gratuite et non cessible. Dans la mesure où cette décision de l'Assemblée Générale est compatible avec la Loi fédérale sur la Banque nationale suisse (LBN), le Conseil de Banque et la Direction Générale peuvent l'appliquer en l'état. S'il s'avérait que cette décision n'était pas compatible avec la LBN ou avec une autre loi fédérale, alors cette décision constitue une proposition de révision de la LBN à l'intention de l'Assemblée fédérale, soumise au Conseil Fédéral, conformément à l'article 36 alinéa f de ladite LBN. »

Source : <https://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/20021117/index.html#a36>

Proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-10):

Pour que chaque citoyen suisse qui le demande dispose gratuitement d'un compte de financement souverain de l'économie réelle suisse.

Actuellement la BNS a réalisé plus de 600 milliards d'investissements à partir de création ex-nihilo d'unités monétaires légales, dont très peu d'investissements en Suisse, voire aucun, selon les données publiées auxquelles nous avons accès.

Source : <https://data.snb.ch/fr/topics/snb#!/cube/snbmoba>

En parallèle, tous les entrepreneurs suisses constatent une baisse de financement préoccupante et la baisse d'activité correspondante, au moins en corrélation. Divers médias s'en font l'écho en parlant de « *credit-crunch* » pour les PME et TPE, qui sont le cœur de l'économie suisse. L'injection de monnaie dans le tissu industriel et innovateur ne fonctionne plus, et c'est pourtant une nécessité vitale.

Source : <http://www.bilan.ch/patrick-thiebaud/credit-crunch-mythe-realite>

Pourquoi la BNS n'investit-elle pas en Suisse ? Cela répond semble-t-il à la préoccupation d'éviter tout risque de prise d'intérêt de lobbies particuliers au détriment de l'intérêt commun. L'expérience montre que cette peur est justifiée quand un petit groupe de personnes, même exceptionnellement vertueux, dispose de la concentration exceptionnelle du premier pouvoir régalién du Souverain d'un pays, la création monétaire sans limite.

Pourtant il existe une solution simple pour laquelle la Suisse est mondialement connue : la démocratie ! Une votation pour un projet revient à ce que chacun attribue le budget du projet. Au final chaque bulletin de vote équivaut au versement d'une part de financement au projet.

Le Peuple suisse sait depuis longtemps que la véritable indépendance en politique, c'est l'équilibre des intérêts personnels de chaque citoyen.

Avec les moyens technologiques actuels, il est tout à fait réalisable que chaque citoyen reçoive de la BNS un compte d'investissement alimenté par la création monétaire de la BNS. En parallèle, les entrepreneurs suisses porteurs de projets innovants exposent leurs idées et demandes de budget correspondantes. Chaque citoyen attribue alors la part de financement qu'il choisit en son âme et conscience aux différents projets proposés, en tant que souverain administrateur de son Canton et de sa Confédération. Imaginons que chaque citoyen doit décider de l'attribution de 1000 francs, cela ferait environ 8 milliards à distribuer à l'économie réelle : un ballon d'oxygène vital.

Chaque citoyen participe ainsi directement au conseil d'administration de la Suisse. On peut voir ce processus comme un « *crowdfunding* » officiel directement alimenté par la création monétaire, qui apparaît enfin dans sa nature profonde : le droit de vote économique du Souverain, celui qui indique dans quelle direction nous voulons et devons travailler.

Par nature, il est de la responsabilité de la BNS de déterminer combien créer de « *francs suisses* » (CHF) légaux à cet usage. Comme toute création monétaire, cette création monétaire entraîne la dilution correspondante de la monnaie qui favorise la baisse de son taux de change. Plus la BNS crée de monnaie de cette manière, plus le taux de change baisse et plus l'économie réelle est bien financée, c'est un cercle vertueux qui se met en place.

On obtient en outre une véritable séparation du pouvoir entre celui qui décide combien de nouvelle monnaie il faut, et ceux qui décident à quel usage cette nouvelle monnaie sera utilisée au mieux. C'est précisément l'analogie économique et monétaire de la séparation entre le pouvoir législatif, qui décide du budget, et le pouvoir exécutif, qui l'utilise.

Suite et fin de la proposition de décision de l'Assemblée Générale de la BNS (3A2016-10):
Pour que chaque citoyen suisse qui le demande dispose gratuitement d'un compte de financement souverain de l'économie réelle suisse.

Nous proposons au vote de l'Assemblée Générale la décision suivante :

« Que la BNS attribue à chaque citoyen qui en fait la demande, un compte de financement souverain. L'usage de ce compte est limité à financer des projets présentés dans une base de projets suisses, que la BNS doit organiser en parallèle. La BNS décide chaque année du montant de monnaie légale qu'elle crée à cet usage. Elle met ce montant à disposition en parts égales sur ces comptes de financement souverain, pour financer directement l'économie réelle suisse de manière démocratique. Dans la mesure où cette décision de l'Assemblée Générale est compatible avec la Loi fédérale sur la Banque nationale suisse (LBN), le Conseil de Banque et la Direction Générale peuvent l'appliquer en l'état. S'il s'avérait que cette décision n'était pas compatible avec la LBN ou avec une autre loi fédérale, alors cette décision constitue une proposition de révision de la LBN à l'intention de l'Assemblée fédérale, soumise au Conseil Fédéral, conformément à l'article 36 alinéa f de ladite LBN. »

Source : <https://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/20021117/index.html#a36>